



PROTOKOLL

DER 3. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2012,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

<u>Datum, Zeit, Ort</u>	Donnerstag, 7. Juni 2012 Aula Rheinfalhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 21.30 Uhr
<u>Präsenz</u>	17 Einwohnerräte (ER) Gemeindepräsident (GP) 4 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
<u>Vorsitz</u>	ER-Präsident Renzo Lojudice (SP)	
<u>Entschuldigt</u>	ER Nil Yilmaz (SP) ER Marco Torsello (FDP) ER Lenz Furrer (ÖBS)	
<u>Protokoll</u>	Das Protokoll der 2. Sitzung vom 3. Mai 2012 hat im Ratsbüro noch nicht vollständig zirkuliert. Es wird an der nächsten Sitzung genehmigt und verdankt.	
<u>Mitteilungen</u>	<u>Einwohnerratssitzungen:</u> <u>05.07.2012:</u> Von 17.30 bis 18.30 Uhr findet vorgängig eine Präsentation über das „Projekt RhyTech“ bei der Firma Halter Entwicklungen statt. <u>23.08.2012:</u> Um 18.00 Uhr findet der Fototermin Einwohnerrat Ende Amtsperiode statt.	
<u>Neueingänge</u>	- Volksmotion der Familie Wipf und Familie Mannhart gemäss Art. 10 der Verfassung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000): Angelegenheit – Landschaftsschutz Galgenbuck	

Traktandenliste:

1. Bericht und Antrag betreffend Verkauf von zwei Teilflächen von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 74 an der Rundbuckstrasse
2. Bericht und Antrag betreffend Kauf von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 1050 an der Zentralstrasse 74
3. Bericht und Antrag zur Einführung einer Geschäftsprüfungskommission GPK in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall
4. Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Verlegung Bushaltestelle Fernblick
5. Interpellation Arnold Isliker (SVP): Fahrverbot mit Zubringerdienst im Dorfzentrum 30-Zone

Die Traktandenliste wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt. 16.08.2007 10.12.2009 08.12.2011	1. Fristerstreckung bis 31.12.2009 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011 3. Fristerstreckung bis 31.12.2013
Motion	Urs Hinnen (ÖBS): Teilrevision der Gemeindeverfassung betreffend die Mitglieder-Zusammensetzung der Bürgerkommission	27.02.2012	03.05.2012	Pendent, bis vom Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage vorliegt.

Pro memoria:

Kleine Anfrage	Marcel Stettler (CVP): Tempo 30 auf der Zentralstrasse, gescheitert?	12.04.2012
----------------	--	------------

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
-	-	-

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ich begrüsse Sie zur 3. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr.

ER Lenz Furrer (ÖBS) fehlt als Stimmzähler. Als Ersatz wird Rita Flück Hänzi (CVP) vorgeschlagen. Sie wird einstimmig bestätigt.



TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Verkauf von zwei Teilflächen von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 74 an der Rundbuckstrasse

Eintretensdebatte:

ER Markus Anderegg (FDP)

Die FDP Fraktion hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass sich eine neue Firma im Rundbuckareal niederlassen will und Arbeitsplätze nach Neuhausen am Rheinfall bringt und auch die Erschliessung dieses Gebietes beginnt. Das ist sehr erfreulich. Da haben wir sicherlich nichts dagegen. Wir sind auch mit dem Details, dem Kaufpreis und diese zweiten Teilfläche mit Option völlig einverstanden. Wir finden das ganz kurz gesagt eine sehr gute Vorlage und werden dieser sicher zustimmen und haben keine weiteren Fragen dazu.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat diesen Bericht und Antrag geprüft und bearbeitet. Es ist erfreuliche, dass im Rundbuck das Gewerbe zulegen kann und somit auch weitere Arbeitsplätze in Neuhausen am Rheinfall geschaffen werden. Wir sind der Ansicht, dass dieser Verkauf der Teilflächen richtig ist und beurteilen diesen Schritt als positiv. Wir finden auch die Schritte, die erwähnt sind sowie die Planung positiv und sind für Eintreten und werden den Anträgen zustimmen.

ER Peter Schmid (SVP)

Die Fraktion der SVP befürwortet diesen Landverkauf. Nicht nur unseren Finanzreferenten wird das erfreuen. Durch diesen Landverkauf an die S&T AG werden langfristig 10 neue Arbeitsplätze geschaffen. Mit der geplanten Zusammenlegung der beiden Firmen S&T AG und der METESO AG in ca. 3 Jahren werden weitere Arbeitsplätze in Neuhausen am Rheinfall angesiedelt. Dies alles wird auch zu neuen Steuereinnahmen führen, für die wir hier in Neuhausen am Rheinfall sicher Verwendung haben werden. Auch als Präsident des Gewerbeverbandes Neuhausen am Rheinfall begrüsse ich persönlich diesen Landverkauf an die S&T AG insbesondere, da die S&T AG auf diesem Grundstück einen Neubau geplant hat. So sollte auch unser Gewerbe davon profitieren und es wäre wünschenswert und ich gehe auch davon aus, dass die Bauherrschaft das einheimische Gewerbe bei der Arbeitsvergabe berücksichtigen wird. Die Fraktion der SVP tritt auf dieses Geschäft ein und wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

ER August Hafner (SP)

Die SP-Fraktion ist grundsätzlich damit einverstanden, dass der S&T AG mit dem Verkauf von Land im Gewerbegebiet Rundbuck Entwicklungsmöglichkeiten verschafft werden. Wir begrüssen es sehr, dass diese Firma in Neuhausen bleiben kann, hier baut und künftig, zusammen mit einem Partner, mehr Arbeitsplätze anbieten kann. Bevor wir mit gutem Gewissen auf die Vorlage eintreten können, möchten wir aber noch eine schlüssige Antwort des Gemeinderates zur Frage haben, welche Kriterien bei der Festlegung des Kaufpreises angewendet worden sind. Die Gemeinde löst für den Verkauf zwar Fr. 296'000.00, investiert jedoch bald wieder Fr. 180'000.00 für die 1. Erschliessungsetappe. Gemäss der Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge vom 7. Dezember 2006 löst die Erstellung des vorgesehenen Erschliessungswerks die Beitragspflicht der davon profitierenden Grundeigentümer aus. Die Höhe der Beiträge hat 90 % der Kosten zu entsprechen, die der Gemeinde entstehen. Die 90 % betragen im vorliegenden Fall Fr. 162'000.00,



die auf die Grundstücke beidseits der neuen Strasse zu verlegen wären. Auf die S&T AG würden somit Fr. 81'000.00 entfallen. Da die Gemeinde jedoch sämtliche Kosten übernehmen will, müssen die Fr. 81'000.00 vom Kaufpreis abgezogen werden. Wirtschaftlich betrachtet, d.h. wenn die Einsparung des Erschliessungsbeitrags eingerechnet wird, bekommt die S&T AG somit 1'480 m² Land für lediglich Fr. 145.00 pro m². Im folgenden Traktandum 2 ist bei Land an der Zentralstrasse von einem Kaufpreis von Fr. 542.00 pro m² die Rede. Auch mit Blick auf diesen Preis drängt sich die Frage auf, ob der Quadratmeterpreis von Fr. 200.00 für das erschlossene Land, beim vorliegenden Landgeschäft einigermaßen angemessen ist. Man kann diese Frage bejahen, muss dann aber sogleich beifügen, dass sich die Gemeinde Neuhausen die Wirtschaftsförderung eine schöne Batzen kosten lässt. Zu dieser Preisgestaltung möchten wir, bevor wir darauf eintreten, dann doch noch eine Auskunft vom Gemeinderat.

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Ich danke den Fraktionen, die bereits ihr Eintreten und ihre Zustimmung bekannt gegeben haben. Zur Frage der SP kann ich wie folgt antworten. Wir stehen in relativ harter Konkurrenz lokal vor allem Beringen verkauft zu sehr tiefen Preisen Land. Dort muss man froh sein, wenn Fr. 100.00 verlangt werden. Es sind dort auch schon tiefere Beiträge in Rechnung gestellt worden. Das möchte ich einmal vorausschicken. Das zweite ist, wie bestimmt der Gemeinderat im Rundbuck den Preis? Man kann jetzt sagen, es sei Willkür oder es sei mit einer gewissen Überlegung. Massgebend ist, wie viele Arbeitsplätze pro m² geschaffen werden. Je mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, desto tiefer ist der Preis und je weniger Arbeitsplätze man schafft, desto höher ist der Preis. Das zweite Kriterium ist derjenige, ob am mehrstöckig oder einstöckig baut. Wenn man mehrstöckig baut, wird's billiger, weil dann die Chance hoch ist, dass es mehr Arbeitsplätze gibt und wenn man weniger hoch geht, dann wird es etwas teurer. Hier geht man nicht, zumindest in der ersten Runde, bis an die volle Grenze, es sind nur 3 Stöcke, eigentlich könnte man 4 Geschosse machen. Das gibt also eine leichte Erhöhung. Auch die Arbeitszahl ist zurzeit nicht so, als dass man sagen muss, da muss ein Dumpingpreis ran, sondern das sind wir eher am oberen Drittel des Preissegmentes. Von dort her ist der Preis sicherlich gerechtfertigt. Dann die Frage zu den Erschliessungsbeiträgen. Hier ist die Gemeinde natürlich nicht anders zu stellen, als ein Privater. Wenn das ein Privater hätte, dann müsste er die Erschliessung auch selber bezahlen. Die Gemeinde selbst, muss auf jeden Fall die Groberschliessung selber bezahlen, gemäss Verordnung und dann kann man die Erschliessungsbeiträge verlangen. Wir sind aber selbst der private Grundeigentümer. Wir müssen uns also selbst den Betrag in Rechnung stellen und das ist jetzt natürlich das Unschöne daran. Beim ersten Grundstück ist es am teuersten, beim nächsten Grundstück wird es bereits billiger und beim dritten aber wir praktisch keine Erschliessungskosten mehr. Deshalb ist die Rechnung die ER August Hafner (SP) gemacht hat, verständlich, aber sie trifft nicht zu. Wir sind nicht im Verhältnis, dass wir bei der S&T AG noch etwas verlangen können, sondern wir müssen es bei uns selbst verlangen. Selbst wenn man diese Rechnung so machen würde, dann sieht man, dass wir mit Fr. 145.00 pro m² immer noch deutlich über den Preisen, die in Beringen bezahlt werden. Somit kann man immer noch sagen, es ist eine gute Sache. Nicht zu vergessen, dass an der Zollstrasse an Platz geschaffen wird, für etwas Neues. Dort ist ja ein in die Jahre gekommenes Gebäude. Es steht länglich dort, in der Nähe des Töbeliweges. Wenn man dort runterfährt, sieht man das sehr prominent und dort sind auch Pläne, die dem Gemeinderat teilweise schon bekannt sind, was dort geschehen soll. Es sollen dort Wohnungen gebaut werden, was ja auch sehr positiv ist. Von dort her empfehle ich auch der SP hier einzutreten und zuzustimmen.

ER August Hafner (SP)

Die Frage, die ich beim Eintreten aufgeworfen habe, ist für mich befriedigend beantwortet. Man sieht, der Gemeinderat hat da weitgreifende Überlegungen zur Preisgestaltung angestellt. Auch wenn das



letztlich ein Freundschaftspreis ist und alle anderen das dann auch so bekommen, die die Voraussetzungen und Kriterien erfüllen, wie wir es soeben gehört haben, dann bin ich persönlich nicht gegen dieses Geschäft und bin für Eintreten. Ich hoffe meine Fraktionskollegen und -kolleginnen auch und dann können wir mit gutem Gewissen diesem Geschäft zustimmen.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich kann hier wirklich bestätigen, das ist die Praxis des Gemeinderates. Es sind auch schon Projekte daran gescheitert, weil wir eben zu teuer waren. Ich möchte hier einfach sagen, wir wollen diese Linie durchziehen. Wir haben noch für diesem Verkauf ungefähr 20'000 m² und mit diesem müssen wir sorgsam umgehen. Da wollen wir nicht irgendein Lager haben, wo 2 Personen arbeiten und das 10'000 m² Fläche benötigt. Das kann es nicht sein, sondern wir versuchen wirklich, in dieser Art die Preisgestaltung zu machen. Ich denke, wir haben hier einen fairen Preis gemacht.

ER Arnold Isliker (SVP)

Von einem Freundschaftspreis kann man da nicht reden. Wenn wir uns erinnern, dass vor ungefähr 1 ½ Jahren ein namhafter Steuerzahler nach Beringen weggezogen ist, was sehr bedauernswert ist. Es ist eine aufstrebende Firma, welche in Zukunft sehr viele Arbeitsplätze schaffen wird. Die Firma S&T AG war ursprünglich eine deutsche Firma aus Jestetten. Wenn ich über die Grenze schaue und dort erschlossenes Land für EURO 50.00 bis EURO 60.00 kriege für Industrie- und Gewerbeland, dann sind wir hier an der oberen Grenze. Gott sei Dank sind wir nicht in der EU. Es schreckt viele Unternehmen ab, wieder nach Deutschland zu gehen. Sie bleiben lieber hier in der Schweiz, weil hier die Arbeitsbedingungen und das gesamte Umfeld und die Strukturen angenehmer sind, was uns immer wieder bestätigt wird. Ich danke dem Gemeindepräsidenten für seine umfassenden Ausführungen und wir müssen der Firma danken, dass sie in Neuhausen am Rheinfall bleibt und nicht wegzieht in andere Gemeinden, wo das Angebot billiger ist.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Eintreten ist in diesem Falle unbestritten. Wir treten somit auf die Vorlage ein und beraten den Bericht seitenweise.

Detailberatung:

ER August Hafner (SP)

Seite 2:

Ich habe hier noch eine Frage zum Kaufpreis. Wie lange ist das befristet und besteht dann eine Verpflichtung auch zu bauen?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Es ist beschränkt bis 31. Dezember 2016 und ja, da muss auch gebaut werden. Wir nehmen das regelmässig in den Kaufvertrag hinein, dass in einer bestimmten Frist gebaut werden muss. Sonst können wir es zum gleichen Preis wieder zurückkaufen. Ich gehe auch davon aus, dass die Firma kein Geld ausgibt, wenn sie keine konkreten Bauziele hat. Es kann aber tatsächlich zu kurzfristigen Verwerfungen kommen. Das ist in jüngster Zeit gewissen Firmen passiert. Wenn halt 95 % des



Umsatzes wegbricht, wenn man im EURO Raum tätig ist und nicht mehr wettbewerbsfähig ist, dann kann es tatsächlich sein und dann würden wir es wieder zurückkaufen. Wir haben auch eintragen lassen, dass es bis ans Grenzbaurecht möglich ist. Das ist auch wichtig, dass man wirklich sehr nahe eine Verdichtung hinbekommt.

Anträge:

1. Dem Verkauf der Teilfläche A von ca. 1'480 m² von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 74 an die S&T AG zu Fr. 200.00 pro Quadratmeter (total Fr. 296'000.00) wird gutgeheissen. Die Teilfläche A ist in der beiliegenden Situation 1:1000 blau schraffiert eingetragen.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Die Einräumung eines unentgeltlichen Kaufrechts zu Gunsten der S&T AG zum Kauf einer Teilfläche B von ca. 540 m² von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 74 zu Fr. 200.00 pro Quadratmeter (total ca. Fr. 108'000.00) bis 31. Dezember 2016 wird gutgeheissen. Die Teilfläche B ist in der beiliegenden Situation 1:1000 grün schraffiert eingetragen.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.

ER August Hafner (SP)

Noch kurz ein Hinweis auf einen Druckfehler. Beim Antrag 2 müsste es doch auch GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 74 heissen und nicht GB 75. GB 75 gibt es ja gar nicht.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ja, das ist richtig. Besten Dank für diesen Hinweis!



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Kauf von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 1050 an der Zentralstrasse 74

Bemerkungen/Ergänzungen:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich habe Ihnen hier eine Satellitenaufnahme von Google an die Wand projiziert, damit Sie sehen, um was es eigentlich geht. Es geht hier um die Sammelstrasse „Süd“. Zwar wäre das die letzte Etappe. Sie haben sich letztes Mal mit einer anderen Etappe befasst. Sie können sich sicher gut erinnern. Die Erschliessung des SIG Areals und dort ist ja im ursprünglichen Beschluss der nicht geändert wurde, vorgesehen, dass auf dem ehemaligen Industriegleis der SIG eine Sammelstrasse gemacht wird, die hier in die Bahnhofstrasse mündet und dann würde der Verkehr so Richtung Schaffhausen gehen. Bereits heute fahren sehr viele Lastwagen über die Rheinstrasse oder sie kommen über andere Strasse auf jeden Fall müssen sie hier diesen Ecken an der Zentralstrasse schaffen. Wenn man das etwas näher anschaut, dann sieht man wie relativ eng diese Verhältnisse hier sind. Nun, wir brauchen eigentlich eine bescheidene Fläche von 77 m². (Auf dem Plan grün markiert). Das ganze liegt hier aber im Detail. Es ist nicht möglich, dieses Haus so abzurechnen, dass der Rest stehen bleiben würde und noch nutzbar wäre. Das wäre vermutlich auch statisch kaum zu verantworten und damit stehen wir vor der Wahl: Entweder wir machen nichts und d.h. das namentlich Sattelschlepper bis über die andere Strassenseite hinauskommen, damit sie diesen Rank schaffen oder wir kaufen das ganze Haus und müssen es abrechnen. Wir haben uns dann überlegt, was machen wir mit dieser Restfläche? Wenn man auf die Satellitenaufnahme schaut, dann ist es hier auch angeschrieben, Eckert Zum Wohnen & Co. Hier drängt sich die Verbindung mit dieser Liegenschaft eigentlich schon fast auf. Wir haben deshalb auch mit den Herren Eckert, die heute Abend freundlicherweise auch hier sind, Kontakt aufgenommen, ob sie hier ein Angebot machen wollten. Das haben Sie gemacht. Das Haus müsste selbstverständlich abgebrochen sein und nur dann würde dieser Preis bezahlt werden den ER August Hafner (SP) bereits genannt hat. Das wäre dann der Preis und der ist eigentlich für Neuhausen am Rheinfall – ich sage das jetzt, obwohl die Herren Eckert hier sind – eigentlich relativ hoch. Das muss man ehrlicherweise sagen, aber dieses Angebot steht und ich denke es ist auch hier von einem fairen Angebot zu sprechen, denn jemand anders kann diese Restfläche, die hier auf dem Plan blau eingezeichnet ist, eigentlich gar nicht brauchen. Das gibt nichts Gescheites. Weshalb kommt der Gemeinderat jetzt? Er könnte ja auch warten und die paar Sattelschlepper könnten mit gewagten Manövern um diesen Rank kommen? Frau Dosenbach, der die Liegenschaft faktisch gehört, auch wenn dazwischen eine AG geschaltet ist, will mit ihrer Liegenschaft etwas machen. Die will investieren, hat auch bereits Pläne ausarbeiten lassen, was man hier machen könnte und sie steht natürlich jetzt vor der Wahl, verkauft sie uns das Haus in diesem Zustand oder müssen wir allenfalls riskieren, dass sie das Haus später verkauft aber in einem renovierten Zustand. Wir wissen nicht, wann die Sammelstrasse „Süd“ kommt. Das ist noch abhängig von einem Volksentscheid aber wir sind der Ansicht, dass wir dieses Gebiet hier uns sichern müssen. Ebenfalls sind wir daran uns das Gebiet bei der SBB unten zu sichern. Bereits gesichert ist das Land von der SIG gemeinnützigen Stiftung und dann hätten wir eigentlich die Verbindung rechtlich gesichert, so dass wir hier diese Sammelstrasse „Süd“ erfolgreich bauen können. Wenn man diese 77 m² pro m² umrechnet, dann ergibt es einen horrenden Preis und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe auch alternativen anschauen lassen auf der anderen Strassenseite, wo man die Strasse verlegen könnte. Man könnte das technisch, ist aber nicht ganz einfach aber zu meinem Schrecken musste ich feststellen, es wird nicht billiger, weil das Problem ist, wir kommen dann relativ schnell an die andere Liegenschaft heran und da wird es nicht ganz einfach, weil wir beinahe den Keller tangieren müssen, weil wir die Strasse soweit hinüber nehmen müssen, weil wir über den Rank den Platz für diese Sattelschlepper bereit stellen zu können. Von



dort her haben ich dann schliesslich auch eingewilligt und in den sauren Apfel gebissen und auch den Gemeinderat überzeugen können. Ich hoffe, dass auch Sie dieser Vorlage heute Abend zustimmen. Das ist vermutlich ein rekordhoher Preis, den wir hier für diesen 77 m² bezahlen hier in Neuhausen am Rheinfall bezahlen. Soviel wurde vermutlich hier noch nie bezahlt für den m², aber wenn wir das nicht machen, dann laufen wir Gefahr, dass wir später noch viel mehr bezahlen müssen, wenn das nämlich renoviert ist, dann müssen wir diese Kosten auch noch tragen. Jetzt haben wir die Chance, ein Gebäude in einem mehr oder weniger schlechten befindlichen Zustand abrechnen können und damit die Kosten noch einigermaßen überschaubar sind. Ich muss Ihnen gestehen, das ist nicht meine Wunschvorlage, die ich Ihnen heute Abend unterbreite, es gibt schönere. Aber hier muss ich jetzt wirklich mit einem Spruch der ASTAG sagen: Schrötig aber nötig! Besten Dank.

Eintretensdebatte:

ER Arnold Isliker (SVP)

Besten Dank für die Einführung von GP Stephan Rawyler. Schrötig aber nötig ist wirklich ein tendenzielles Wort von der Firma ASTAG. Als Fuhrhalter muss ich feststellen, es gibt schlimmere Ecken, die es zu bewältigen gibt mit einem Sattelschlepper. Ich weiss, GP Stephan Rawyler geht mit einem unguuten Gefühl mit dieser Vorlage in den Einwohnerrat. Wenn ich mir das vorlege, einen Kaufpreis von Fr. 350'000.00 abzüglich die 77 m² gibt das Fr. 190'000.00. Das ergibt einen Quadratmeterpreis von Fr. 2'467.53. Das grenzt schon langsam an Stadtzürcher Preise. Kommt noch dazu, dass der Abbruch sowie die Entsorgungspreise nicht im Preis enthalten sind. Damit dürfte mit dem Ausbau und der Kreuzung eine Summe von grob geschätzt Fr. 500'000.00 entstehen. Eine bittere Pille, die es zu schlucken gibt. Abzockerei steht im Vordergrund. Wir stehen mit gemischten Gefühlen hinter dieser Vorlage. Sind wir doch in der Nähe der Trybol AG, welche die Vorlage im National- und Ständerat vorlegen wird, wegen Abzockerei. Leider ist es so, dass die Liegenschaften zu teuer verkauft werden. Wenn ich daran denke, Trotte, Aerni Haus u.s.w., welche tief verwurzelt waren mit der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall aber sobald es um den Verkauf von Liegenschaften geht, geht es um den Preis und das wird so teuer verkauft wir möglich, obwohl es den Hinterlassenen nichts mehr nützt, aber wenn's um Geld geht, dann hört leider der Glaube auf. Ich hoffe, bzw. wir hoffen es alle, dass mit diesem Beispiel, obwohl es notwendig ist für die Erschliessung der Sammelstrasse „Süd“, damit der Verkehrsfluss gewährleistet ist, nicht Schule macht, dass wenn weitere Liegenschaften zum Verkauf angeboten werden. Wir werden dem Antrag mit Knurren zustimmen, weil es für die Erschliessung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall dienlich ist.

ER Markus Anderegg (FDP)

Auch wir in der Fraktion haben dreimal leer geschluckt und schlucken jetzt noch leer, das ist schon so. Es ist sicherlich nicht böswillig entstanden und ich würde auch nicht den Begriff Abzockerei benutzen. Hier spielt die Situationskomik voll gegen die Gemeinde. Wir kaufen ein Haus, das zwar nicht gerade neu ist, aber mit Fr. 350'000.00 inkl. Grundstück ist das kein überteuertes Preis, und brechen es dann gleich ab und streichen es aus der Buchhaltung. Daher kommt der grosse Landpreis, den es als Kröte wirklich zu schlucken gibt. Wir sehen das aber eigentlich wirklich auch als übergeordnete Geschichte. Es geht um eine Erschliessung eines grossen Stadtteils und zwar dieses SIG Areal. Mit dem arbeiten wir schon seit geraumer Zeit fleissig, dass dort das bestehende Leben besser wird und da sehen wir diese PreisKröte eher als Erschliessungsbeitrag im ganzen Zusammenhang. Es gibt natürlich auch noch Chancen. Dieses Gebäude ist ja nicht gerade das Schmuckstück der Gemeinde und es ist sehr zentrumsnahe und ist mit der Coop Überbauung sehr



viel interessanter geworden und somit ist dieses Restgrundstück gar nicht so übel respektive, wenn darauf eine Neuplanung erfolgt und städtebaulich diese Lücke, die ja durch den Abbruch des alten Hauses entsteht, mit guter architektonischer Qualität gefüllt werden könnte, dann kann das eigentlich ein grosses Glück für die Gemeinde und quasi das Eingangstor zum Zentrum sein. Dann sind wir auch der Meinung, dass das Preisangebot der Nachbarn, der Firma Eckert wirklich sehr fair ist und es natürlich grossartig Sinn macht, dass Sie hier in Aktion treten und wir hätten da auch den Wunsch, dass Sie darauf etwas sehr Schönes machen, also nicht nur eine Autoausstellung von mir aus auch eine Gartenausstellung, aber noch besser wäre natürlich dieses städtebauliche Situation zu bereinigen und evtl. später sogar mit einem Neubau. Somit hätten wir einen wichtigen Punkt im Ortszentrum dann auf die richtige Schiene gebracht und auch fussgängertechnisch übrigens einiges sicherer gestaltet. Sie hören aus meinen Ausführungen, dass meine Fraktion dieser Vorlage, obwohl sie natürlich schon happig ist und in dieser Situationskomik natürlich nicht so schnell wieder entstehen wird, weil wir haben hier wirklich Pech, aber ich stimme dem Gemeindepräsidenten auch bei, dass es noch schlimmer kommen könnte, wenn wir jetzt zuwarten. Das ist wirklich ein Argument, das man auch berücksichtigen sollte. Wir werden dieser Vorlage zustimmen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Erfreut haben wir festgestellt, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, das Grundstück an der Zentralstrasse 74 zu erwerben. Die 2. Bauetappe der Sammelstrasse „Süd“ rückt somit näher. Mit diesem wichtigen Erwerb konnte die erste Hürde überwunden werden, das Zentrum vom Schwerverkehr zu entlasten. Die Neuhauser Stimmbevölkerung wird nun das letzte Wort an der Urne haben. Nun, zum Landkauf: Das Grundstück zu erwerben ist für die Gemeinde von grosser Bedeutung. Das hat der Verkäufer wahrscheinlich auch bemerkt, nur so lässt sich der Preis von Fr. 350'000.00 für ein abbruchreifes Haus erklären. Auf der anderen Seite übernehmen die anliegenden Grundstückseigentümer das restliche Land zu einem sehr guten Preis. Ist das richtig, dass in diesen Fr. 160'000.00 die Abbruchkosten nicht darin enthalten sind? Steht hier noch zur Diskussion, dass dieser Betrag noch geteilt wird oder ist es ganz klar, dass das die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall übernimmt? Die CVP ist trotz diesem hohen Preis für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.

ER Jakob Walter (parteilos)

Wir haben grundsätzlich keine Berührungängste, wenn die Gemeinde Grundeigentümerin wird. Das hat auch Vorteile. Wir haben die Ellbogenfreiheit und man kann es am Schluss sogar verkaufen. Das ist einfach eine Vorbemerkung. Das wäre ja nicht die erste Planung, die mit der SIG zusammen angegangen wird und es am Schluss dann doch nichts gibt oder bis jetzt noch nichts geworden ist. Damit müssen wir auch rechnen, dass die Sammelstrasse zu unseren Lebzeiten nicht mehr kommt. Für uns wäre das nicht eine Katastrophe und dann hätte die Gemeinde halt wieder einmal ein Grundstück. Bis jetzt hat sie ja mehr verkauft als gekauft. Zweitens, es stört uns schon, dass wir unser Dorf umbauen müssen, nur dass immer noch grössere Lastwagen durch das Dorf fahren können und dieser Umbau wird ja noch aus Geld von der LSVA bezahlt sondern aus Steuermittel! Ich möchte die Geschichte, die ER Arnold Isliker (SVP) erzählt hat, schon noch ein bisschen ergänzen in Richtung der genannten ASTAG und von den Lastwagen. Für diese machen wir das, dass diese mit noch grösseren Fahrzeugen durch die Gegend rollen können. Wir haben an der Kreuzstrasse die Situation, dass die Linie 6 auch bei der Einfahrt in Richtung Schaffhausen auf die Gegenfahrbahn kommt. Das macht er regelmässig und bietet auch kein Problem, wenn Auto kommen die wissen, was ein weisser Strich auf dem Boden bedeutet. Nicht alle wissen das. Dort geht es gut, weil es ein Lichtsignal hat. Ich gehe davon aus, dass das hier auch geprüft wurde, ob ein Lichtsignal vielleicht günstiger kommen würde. Schliesslich zu guter Letzt, wir werden uns diesem Vorhaben nicht widersetzen.



Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Ich danke Ihnen für die trotzdem gute Aufnahme dieses nicht so einfachen Geschäftes. Meines Erachtens ist der Preis, den die Steineck AG verlangt ist fair. Man kann nicht von einer Abzocke sprechen. Es ist einfach, weil wir eine Nutzung haben, die drauf ausläuft, dass wir es abrechnen müssen, wie ER Markus Anderegg (FDP) bereits erwähnt hat. Das ist eigentlich das Problem. Nicht die Bewertung. Das Haus ist tatsächlich nicht sehr ansehnlich, aber entgegen der CVP nicht ein Abbruchobjekt. Man könnte es durchaus wieder herrichten und es gäbe sicherlich eine ganz nette Liegenschaft. Sicherlich nicht das grosse Bijou der Gemeinde aber sicherlich eine nette Liegenschaft. Es ist sicherlich nicht in einem Zustand, dass man Angst haben muss, dass es zusammenbricht. Dem ist nicht so! Zur SP muss ich einfach noch sagen, die Lastwagen fahren nicht einfach leer umher. Die fahren zu Arbeitsplätzen und kommen zu Arbeitsplätzen ins SIG Areal. Gestatten Sie mir einfach hier an dieser Stelle einen Hinweis. Wir brauchen Arbeitsplätze in unserer Gemeinde und es ist wichtig, dass wir diese erhalten. Es ist leider auch eine Tatsache, dass die Materialien nicht mehr mit der Bahn kommen, sondern die kommen nun einmal mit dem Lastwagen. Das ist einfach nun ein Fact. Die Lichtsignalanlage haben wir auch geprüft. Das geht aber nicht, resp. wäre keine vernünftige Lösung und würde auch nicht dem entsprechen. Die Stauräume wären sehr schwer beherrschbar und es wäre kein schönes Tor als Eingang zu Neuhausen am Rheinfall, wie es ER Markus Anderegg (FDP) vorgängig erwähnt hat. Von dort her muss ich sagen, der Preis ist ok, es ist wirklich unser Pech, dass wir das Gebäude abreißen wollen. Da schätze ich jetzt die Kosten, das war noch eine Frage der CVP, auf rd. Fr. 50'000.00. Das können wir dann aber sicher aufs Objekt nehmen. Das ist eine Vorleistung zur Sammelstrasse „Süd“. Es ist bedauerlich, dass wir da am Schluss auf diesen respektablen Quadratmeterpreis kommen aber wir dürfen uns darüber freuen, dass wir mit Eckerts wirklich innovative und sehr interessierte Gewerbetreibende haben, die dieses Grundstück kaufen wollen und ich hoffe, dass Sie da auf gute Ideen kommen, was man damit machen kann. Kurzfristig kann ich mir eine einfache Nutzung vorstellen aber ich hoffe, dass langfristig diese Chance gepackt wird und hier etwas Gutes hingestellt wird. Besten Dank.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Eintreten war unbestritten, weshalb wir nun in die Vorlage hineintreten und gehen in die Detailberatung.

Detailberatung:

ER-Vizepräsident Urs Hinnen (ÖBS)

Seite 2:

Mir ist nicht ganz klar, wie das zeitlich aussieht. Ich vermute, man wird dann rasch dieses Gebäude abreißen und dann den Weiterverkauf organisieren. Ich frage mich nur, hat man auch die Variante überlegt, das Gebäude sanft zu renovieren und zu vermieten und den Verkauf später vorzusehen. Ist das keine Option?

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Gross überlegt haben wir uns das an sich nicht, weil dann die zu vernichtenden Werte wieder grösser wären und ich denke, viele von uns haben ja gesehen, es handelt sich bei dieser Liegenschaft nicht um ein Diamantstück, sondern es müsste sowieso etwas gemacht werden. Wir



habe mit der Zentralstrasse 1 schon eine genügend grosse Aufgabe, der wir uns stellen müssen und wir möchten uns hier nicht nochmals etwas aufbürden. Geplant ist hier wirklich dieses Grundstück zu kaufen, das Haus wegnehmen zu lassen und parallel dazu das Grundstückgeschäft mit den Herren Eckert zu machen, damit Sie möglichst bald über dieses Grundstück verfügen können und dieses auch wieder entsprechend nutzen können.

Antrag:

Der Kauf von Grundstück GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 1050 an der Zentralstrasse 74 für Fr. 350'000.00 wird gutgeheissen.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag zur Einführung einer Geschäftsprüfungskommission GPK in der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall

Bemerkungen/Ergänzungen:

Gemeinderat Dino Tamagni

Wir haben den Auftrag, den Sie uns gegeben haben, die Motion entgegen genommen und wie versprochen hier einen Bericht und Antrag vorgelegt, der die Fakten auf den Tisch legen sollte. Er ist dadurch etwas üppiger ausgefallen, aber so können Sie sich auch ein Bild darüber machen. Es sollten auch die Aufgaben gezeigt werden, die eine Geschäftsprüfungskommission zu erfüllen hat resp. was die Rechnungsprüfungskommission heute zu tun hat, falls es doch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte hat, die nichts so tief hineinschauen können. Die Zusammenfassung hat dann ergeben, dass der Gemeinderat als wünschenswert gerne eine professionelle Finanzkontrolle hätte, was dann auch immer. Ob es eine private Gesellschaft oder allenfalls eine städtische Gesellschaft wäre, die dann diese Prüfung vornehmen würde, damit dann wirklich am Schluss Profis diese Prüfung übernehmen könnten. Es geht da um Lohnsachen, es geht auch um Pensionskassenanteile, die bezahlt werden müssen. Um Mehrwertsteuer u.s.w., um Hauptbuchbelege, die kontrolliert werden müssen und dann auch im Zusammenhang gesehen werden müssen. Es geht aber in dieser Vorlage nicht darum, dass die heutige Rechnungsprüfungskommission ihre Aufgaben nicht erfüllt oder gar schlecht macht. Ich möchte der heutigen Rechnungsprüfungskommission ein Kränzchen winden. Die machen Ihre Arbeiten in diesem Rahmen wirklich sehr gut. Die heutigen Anforderungen verlangen einfach etwas mehr und das kann von der Rechnungsprüfungskommission einfach nicht mehr wahrgenommen werden. Ihr fehlt das Know How dazu. Da fehlt auch die Zeit dazu, dass sie eigentlich nur noch Belege kontrollieren. Das kann es nicht sein! Da muss mehr passieren, dass der Gemeinderat ein gewisses Feedback erhält und dass auch eine gewisse Sicherheit aufkommt und dass auch die Geschäfte in diesem Sinne richtig abgewickelt werden. Die Geschäftsprüfungskommission hätte dann wirklich die Aufgabe, die verschiedenen Geschäfte zu hinterfragen, wie sich auch im Kanton geschehen. Wenn es wirklich etwas budgetrelevantes gäbe, gegen das die Geschäftsprüfungskommission Einwände hätte, dann könnte Sie vor den Beratungen des Einwohnerrates darauf hinwirken, dass an dieser Stelle etwas geändert werden müsste und das könnte bereits schon im Vorfeld geschehen, was die Geschäftsprüfungskommission dann auch mit einem Antrag an den Einwohnerrat durchsetzen könnte. Was heute mit der Rechnungsprüfungskommission eigentlich gar nicht denkbar wäre, weil schlussendlich die Rechnungsprüfungskommission nur die Rechnung kontrolliert, diese abnimmt oder nicht abnimmt und das Budget einsieht oder nicht einsieht und dann weitergibt. Ich denke, die Möglichkeiten wären hier wirklich grösser für die Geschäftsprüfungskommission. Es wäre auch wichtiger für den Einwohnerrat, der die Geschäfte mit in die Geschäftsprüfungskommission hineinnimmt, wenn wir das Modell so wählen, dass Einwohnerräte in dieser Geschäftsprüfungskommission sind, dann ist der Zusammenhang auch wieder gewährleistet, dass diese Sachgeschäfte auch einen Einfluss haben auf die ganze Finanztätigkeit der Gemeinde und die Geschäftsprüfungskommission diese Tätigkeit dann auch so umsetzt resp. sie dann diese Geschäfte auch in diesem ganzen Zusammenhang wahrnehmen kann. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass wir dieser Motion eigentlich so entsprechend können und empfiehlt Ihnen diese Geschäftsprüfungskommission so anzunehmen. Wir bleiben von den Kosten etwa im gleichen Kostenrahmen wie bis anhin aber die Qualität insgesamt gesteigert werden kann.

*Eintretensdebatte:*ER Marcel Stettler (CVP)

Wir haben diesen Bericht und Antrag bezüglich der Schaffung einer Geschäftsprüfungskommission geprüft und bearbeitet. Es gilt in erster Linie dem Gemeinderat zu danken für die Übersicht und die detaillierte Ausarbeitung dieses Berichts und Antrages. Beim Bearbeiten sind aber auch noch Fragen aufgetaucht, auf die wir keine direkte Antwort gefunden haben. Wir von der CVP würden es begrüßen, wenn für dieses Geschäft eine 5-er Kommission gebildet wird um gewisse Punkte detaillierte zu begutachten. So auch die Vor- und Nachteile der Geschäftsprüfungskommission, wobei jetzt die Ausführungen von GR Dino Tamagni sehr deutlich waren. Trotzdem stellen wir den Antrag auf eine 5-er Kommission.

ER-Vizepräsident Urs Hinnen (ÖBS)

Wir von der ÖBS sind eigentlich ganz klar für Zustimmung. Wir sehen keinen Bedarf für eine Kommission. Grundsätzlich ist die Geschäftsprüfungskommission ein Mittel zur Professionalisierung, so wie das vorgesehen ist und zu praktisch gleich bleibenden Kosten. Das ist ein Fortschritt. Das andere ist, dass der Einwohnerrat in dem Sinne auch mehr Einfluss bekommt. Insbesondere bei finanzpolitischen Geschäften. Er hat die Möglichkeit, Mitglieder in diese Kommission zu bringen und kann sich dann auch vertieft mit diesen Geschäften auseinandersetzen. Ich denke, das ist ganz klar etwas Positives. Für uns gibt es gar keine Frage diesbezüglich und wir sind für Annahme dieses Antrages.

ER August Hafner (SP)

Wir haben vor einiger Zeit darüber entschieden, dass wir eigentlich vom heutigen System mit der Rechnungsprüfungskommission, die reine Kontrollfunktionen und Tätigkeiten beschränkt ist und keine politische Aufsicht ausüben darf, dass wir künftig darauf verzichten wollen und eine Geschäftsprüfungskommission einsetzen wollen. Über das gibt es sicherlich in einer Kommission nichts zu diskutieren. Man könnte sich höchstens fragen, ob man über die Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission noch einen Feinschliff machen muss, aber wenn Sie die neue Verfassungsbestimmung Art. 41 anschauen, dann muss man sagen, es ist eigentlich alles geregelt, was die Kommission leisten soll, welche Aufgaben sie hat, welche Befugnisse und somit sehe ich da kein Fleisch am Knochen für eine Kommissionsarbeit. Die SP-Fraktion erachtet das ebenso wie die ÖBS, wie wir das vorhin gehört haben, als unnötiger Zwischenschritt auf dem Weg zu dieser anzustrebenden Verfassungsrevision.

ER Peter Schmid (SVP)

Die Fraktion der SVP steht mehrheitlich hinter dem Antrag des Gemeinderates und ist für die Einführung einer Geschäftsprüfungskommission. Wir finden, dass gerade in diesen Bereichen, wo es um die Haushaltskontrolle einer ganzen Gemeinde mit einem Budget von über Fr. 80 Mio. geht eine Professionalisierung stattfinden muss. Sollte es, wie der Gemeinderat annimmt, die Kosten etwa im selben Rahmen wie bei der Rechnungsprüfungskommission sind, so haben wir praktisch nur Vorteile, welche für eine Geschäftsprüfungskommission sprechen. In der Detailberatung werden einzelne Mitglieder von uns noch Auskünfte verlangen, ansonsten tritt die Fraktion der SVP auf dieses Geschäft ein und wird den Anträgen des Gemeinderates mehrheitlich zustimmen. Ich würde von mir aus jetzt auch sagen, wir stimmen gegen eine Kommission.



ER Willi Josel (SVP)

Wenn ich mir die Vorlage des Gemeinderates ansehe, dann muss ich sagen, sie ist sehr gut. Es steht sehr vieles drinnen. Nur vieles, das da drinnen steht ist für mich noch nicht klar, wie das aussehen wird. Es gibt viele offene Fragen. Ich werde jetzt einige nennen, die mir wichtig erscheinen und die wir noch klären müssen und ich werde in der Folge zwei Anträge stellen, die etwa in die gleiche Richtung gehen, wie ER Marcel Stettler (CVP) das gemacht hat. Wenn Sie Punkt 2.2 ansehen, dann werden die Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission beschrieben. Nachprüfen von Geschäften. Nachprüfen von Geschäften heisst für mich, dass die Geschäfte am Laufen sind und dass hinterher nachgeprüft wird. Da habe ich nichts dagegen. Das ist eine Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission. Dann heisst es noch: „Nebst ... hat die Geschäftsprüfungskommission auch die politische Prüfung vorzunehmen.“ Was heisst denn das eine politische Prüfung vorzunehmen? Wieso die Geschäftsprüfungskommission und nicht der Rat selbst? Es kann nicht sein, dass uns die Geschäftsprüfungskommission politisch etwas vorgibt und wir im Rat müssten dem dann folgen. Die Geschäftsprüfungskommission kann eine Nachprüfung machen und kann dann die wirtschaftlichen Auswirkungen prüfen, aber wenn man von den wirtschaftlichen Auswirkungen redet und von politischen Folgen. Ich nehme ein Beispiel aus dem Kantonsrat, das Sie alle kennen. Wenn es ums Sicherheitszentrum geht. Beim Sicherheitszentrum geht es um sehr viel Geld, die wirtschaftlichen Auswirkungen und es ist auch eine politische Frage, aber niemandem wäre es in den Sinn gekommen, dieses Geschäft in die Geschäftsprüfungskommission zu bringen. Es gibt viele andere Details, die man hier noch berücksichtigen muss und wir diskutiert haben. Das kann alleine nicht die Folge sein, politisch und wirtschaftlich und dann geht es automatisch in die Geschäftsprüfungskommission sondern das gehört in eine Detailberatung, die hier besprochen werden muss. Dann heisst es bei Punkt 2.5: ... die Transparenz der politischen Geschäfte zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat und im Weiteren die Sicherheit bei der Entscheidungsfindung wird erhöht.“ In wie fern die Sicherheit der Entscheidungsfindung hier gewährleistet ist, das sehe ich nicht ein. Der Rat wird sich selber Gedanken machen müssen und man wird auch gewisse Fachkommissionen einsetzen müssen. Dann heisst es auch unter 2.5 und 2.4: „Es sei eine finanztechnische Ausbildung unabdingbar.“ Für die Mitglieder der Kommission. Das sind Einwohnerräte! Ich habe die Ausbildung nicht. ER Felix Tenger (FDP) hat sie und jetzt möchte ich den Rat bitte, die Hand erheben, wer eine solche Ausbildung hat. Das ist nämlich das gleiche Problem wie bei der Rechnungsprüfungskommission. Also hier sehe ich ein Problem. Entscheidungen durch die Spezialkommission – ich habe das schon gesagt – sind für mich sehr sehr wichtig und man kann das nicht verifizieren durch die Geschäftsprüfungskommission. Ich bin der Auffassung, dass wir, bevor wir die Aufgaben definiert haben, dass wir z.B. über die Anzahl der Mitglieder in der Geschäftsprüfungskommission diskutieren, dass wir hier vermehrt und genau in diese Sache eintreten. Es ist z.B. auch zu diskutieren, wie dann das Präsidium ausfallen soll? Soll man bei einer solch wichtigen Kommission jährlich wechseln oder macht das immer die gleiche Person? Dann geht es um die Frage der Zuteilung. Wer bestimmt überhaupt? Ist das der Einwohnerrat in globo, der das überhaupt abstimmt? Ist es das Büro des Einwohnerrates, der das bestimmt oder ist das der Gemeinderat? Wenn ich jetzt sehe, dass in Punkt 4.3 um die Auswirkungen geht. Bei der Anpassung der Verfassung geht es einerseits um die Mitgliederzahl der Geschäftsprüfungskommission und andererseits um deren Aufgaben. Das ist richtig, das muss auch so gemacht werden, aber das können wir nicht aufgrund der heutigen Sitzung durchführen sondern das müssen wir genauer anschauen. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen folgendes Vorgehen vorschlagen. Wir machen heute eine Grundsatzabstimmung: Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Aber dann gehen wir aus dieser Vorlage heraus und schenken uns die Detailberatung, weil das hier unendlich lange dauern wird. Wir haben sicherlich einen grossen Diskussionsbedarf und deshalb stelle ich Ihnen folgende zwei Anträge:



1. Der Einwohnerrat fällt heute den Grundsatzentscheid für die Bildung einer GPK?
2. Der Einwohnerrat setzt eine Spezialkommission ein, die Detailfragen bezüglich Aufgabenstellung und Kompetenz klären muss und darüber Bericht und Antrag vorzulegen hat.

Es wäre ein Schnellschuss, wenn wir das heute hier in einigen Minuten diskutieren. Nochmals fällen wir doch den Entscheid, ob wir das wollen oder nicht und wenn wir das wollen, dann müssen wir uns Zeit nehmen, dass man diese Verfassungsänderung in Ruhe prüft und anschaut und alle offenen Fragen abschliessend behandelt und dann beantwortet.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich möchte noch die Meinung der FDP-Fraktion zum Besten geben. Wir finden das hier eine gute Vorlage, die uns der Gemeinderat hier unterbreitet. Sehr umfangreich und detailliert. Der Gemeinderat hat sich wirklich sehr intensiv mit der ganzen Problematik beschäftigt und wir sind eigentlich der Meinung, die wichtigsten Punkte sind hier abgedeckt und in der Vorlage auch drinnen. Der Grundsatzentscheid, den ER Willi Josel (SVP) vorhin angesprochen hat, da bin ich eigentlich der Meinung, der wurde bereits mit der Überweisung Motion gefällt. Und zwar mit 19 : 1 Stimme (gegen die Stimme von ER Willi Josel (SVP), soweit ich mich erinnere) gefällt. Von daher gesehen ist es einfach die Ausführungsbestimmung vom Gemeinderat, die jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Ich finde es eine gute Vorlage und ich unterstütze insbesondere auch die Ansichten des Gemeinderates über die weitere Professionalisierung der Revisionstätigkeiten. Die Regulierungen, die geplant sind und noch auf uns zukommen, die werden für die Gemeinde schwierig sein. Von daher gesehen finde ich es zukunftsgerichtet, jetzt eine professionelle Revisionsunternehmung einzustellen. Sei das dann die Kontrolle des Kantons oder allenfalls auch eine private Firma. Da wird dann der Markt entsprechend entscheiden resp. GR Dino Tamagni wird dann aufgrund der Offerten wählen können. Ich bin einigermassen erstaunt, dass es nicht teurer ist, denn normalerweise kostet Professionalisierung mehr. Ich bin hier wirklich positiv überrascht und lasse mich selbstverständlich gerne positiv überraschen, dass die Kosten nur unwesentlich höher sind als die jetzige Lösung. Ich hoffe, dass es dann in 2 – 3 Jahren auch noch der Fall sein wird und dass wir kein blaues Wunder erleben. Es ist mir auch wichtig, bei dieser Gelegenheit, wie das der Gemeinderat bereits gesagt hat, der Rechnungsprüfungskommission für die Tätigkeit, die sie gemacht hat zu danken. Ich denke wirklich, dass es hier ein Zeichen der Zeit ist, dass jetzt ein entsprechender Wechsel stattfindet. Das wirklich auch unterschieden werden kann im Bereich der Revisionstätigkeit und der Geschäftsprüfungstätigkeit, die dann vom Einwohnerrat wahrgenommen wird. Bezüglich der Zusammensetzung der Geschäftsprüfungskommission hat der Gemeinderat einen Vorschlag gemacht. Ich finde es sinnvoll, wenn alle Fraktionen in der Geschäftsprüfungskommission sind. Ich finde es aber suboptimal, wenn das bereits in die Verfassung so fix geschrieben wird. Ich werde dann, falls wir die Detailberatung machen, einen entsprechenden Antrag stellen, dass man diese Anzahl etwas flexibler handhabt. Dass das mit den 5 Personen nicht bereits in der Verfassung festgeschrieben wird, sondern dass effektiv eine gewisse Flexibilität vorhanden ist. Bezüglich Kommission ist es ja im Einwohnerrat eigentlich Praxis, dass wenn eine Fraktion eine Kommission wünscht, dass wir in diese Kommission gehen, obwohl ich doch auch finde, dass wir hier etwas wenig Fleisch am Knochen haben, um eine Kommission zu bilden. Jetzt ist einfach die Frage, ist man der Meinung, dass dann bereits ein Geschäftsreglement vorliegen sollte? Ist die Meinung, dass man jetzt darüber abstimmt und sagt, ok dann machen wir eine Geschäftsprüfungskommission und dann kann die Geschäftsprüfungskommission auch an seinem Reglement mitarbeiten? Dein Vorschlag, Willi, könnte man genau so machen, indem man diesem Antrag zustimmt und anschliessend eine Kommission bildet, die die Arbeiten der Geschäftsprüfungskommission detailliert und evtl. noch ein Reglement mit ausarbeiten kann. Wir von der FDP sind für Eintreten und werden dieser Vorlage auch zustimmen.



Gemeinderat Dino Tamagni

Besten Dank für die Voten, die sie abgegeben haben. Ich möchte jetzt nicht auf die gestellten Fragen oder auf die Schlüsse von ER Willi Josel (SVP) eingehen aber vielleicht nochmals grundsätzlich. Es wurde ein Antrag auf eine Kommission gestellt von der CVP. Der Gemeinderat hat sicherlich nichts dagegen, wenn der Einwohnerrat eine Kommission bilden will, wir denken aber die Grundlagen seien ausreichend genug, dass man hier eigentlich abschliessend dazu kommen könnte. Anschliessend, wie es ER Felix Tenger (FDP) gesagt hat, diese Aufgaben bereits wahrnimmt und quasi dieses Reglement für die Geschäftsprüfungskommission dann ausarbeiten kann. In diesem Sinne würde dann auch nichts ändern. Es wäre einfach ein Zeitgewinn, den man hier machen könnte. Der Antrag von ER Willi Josel (SVP) würde mehr dahingehen, mit dem Grundsatzentscheid, das wäre dann wirklich ein Zustimmung. Andernfalls könnte er aber auch gemeint haben, dass er einfach ein Eintreten auf die Vorlage machen will und dann könnte man über die Kommission abstimmen und dann würde es in die Kommission gehen und dort besprochen werden. Schlussendlich muss das ganze ja dann noch vors Volk. Man kann höchstens noch mehr oder weniger in die Verfassung nehmen. Es ist hier massvoll, was hier in die Verfassung kommen sollte. Mit 5 Personen, so denken wir, sind wir am richtigen Ort. Sie könnten aber auch hier noch im Rat diskutieren. Dass man auf 6 oder 7 oder vielleicht auch auf 4 gehen möchte, könnten Sie nachher in der Detailberatung machen. Wie gesagt, wenn Sie eine Kommission wollten, dann hätten wir sicherlich nichts dagegen.

ER Willi Josel (SVP)

Nochmals zur Definition. Es geht mir darum, dass wir uns heute Abend nicht in Details verbeissen. Eine halbe Stunde diskutieren, ob jetzt 7 oder 5 Leute da rein gehören und wir die Aufgaben genau definieren und hinschreiben. Du bist Jurist (ER August Hafner (SP)). Mir geht es heute darum, dass wir über diesen Antrag des Gemeinderates abstimmen aber nicht in die Detailberatung gehen, sondern dass wir diese offenen Fragen in einer Kommission in Ruhe und Zeit machen können. Es geht mir nur um den Punkt, dass wir heute auf die Detailberatung verzichten. Um mehr geht es gar nicht: Was spricht dagegen, wenn es um eine Verfassungsänderung geht, dass wir das in Ruhe behandeln.

Gemeinderat Dino Tamagni

Hier vielleicht nochmals ein Wort zur Arbeit. Wir haben hier mal den Steilpass gegeben und nachher die Ausführungsbestimmungen, die Richtlinien und alles wie sich diese Geschäftsprüfungskommission zu verhalten hat, was sie zu tun hat u.s.w., das muss dann der Einwohnerrat bestimmen. Wir können Ihnen nicht noch vorschreiben, was Sie bei uns kontrollieren sollen. Da herrscht schon die Meinung, dass nachher ein paar Einwohnerräte ihre Köpfe zusammentun und dann hier noch detailliert hineingehen. Vielleicht noch zur Findung einer professionellen Finanzkontrolle. Das wäre dann in Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission.

ER August Hafner (SP)

Ich habe durchaus Verständnis für das Anliegen von ER Willi Josel (SVP), da die Aufgaben und vor allem das Zusammenspiel in der Geschäftsprüfungskommission mit dem Einwohnerrat zu regeln. Dafür haben wir ja eine Geschäftsordnung, die sicher der Einwohnerrat selber gibt, gestützt auf Art. 24 der Gemeindeverfassung und ich schlage vor, dass wir jetzt dieses Geschäft heute über die Bühne bringen und nachher können sich die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen untereinander



verständigen, wie wir vorgehen sollen im Hinblick auf die neue Geschäftsprüfungskommission die Geschäftsordnung anzupassen. Da brauchen wir den Gemeinderat nicht dazu, das können und müssen wir sogar selber machen.

ER Felix Tenger (FDP)

Es gibt jetzt umfangreiche Diskussionen und was ich jetzt gehört habe, das stimmt natürlich auch das dann der Einwohnerrat darüber befinden wird, was in diesem Reglement stehen wird. Ich würde es jetzt aber trotzdem als sinnvoll erachten, falls eine Kommission gebildet wird – ich neige im Augenblick auch dazu dem zuzustimmen – dass dann diese Kommission in einer zweiten Sitzung, wenn das Geschäft durch den Einwohnerrat ist, dann effektiv auch das Geschäftsreglement weiter behandelt. So dass dann quasi die Mitglieder der ersten Kommission dann auch bei der Ausarbeitung des Reglements mitarbeiten könnten. Dann hätte man quasi bereits die entsprechenden Personen drin, die dann auch das Know How hätten bezüglich Geschäftsprüfung plus entsprechend den Anpassungen und Änderungen der Verfassung. Von daher gesehen neige ich im Moment eher dazu, den Antrag für eine Kommission zu unterstützen und da wir doch eineinhalb Fraktionen haben, die eine Kommission unterstützen.

ER August Hafner (SP)

Die wohlverstandene Aufgabe dieser Kommission, falls sie jetzt der Einwohnerrat bildet, kann ja nur die Vorlage des Gemeinderates sein. Dafür brauchen wir meiner Auffassung keine. Alles nachgeordnete, das wir regeln sollten, da können wir uns organisieren und die Aufgaben verteilen. Weiterschauen, wie wir das machen wollen. Dann beschliessen wir eine Änderung unserer Geschäftsordnung. Es ist alles geritzt.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Jetzt stimmen wir über die Anträge ab in der Reihenfolge, wie sie reingekommen sind.

Im Laufe der Eintretensdebatte werden folgende Anträge gestellt:

Einwohnerrat Marcel Stettler (CVP) stellt den Antrag, eine 5-er Kommission zu bilden.

Der Antrag wird mit 2 : 14 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Einwohnerrat Willi Josel (SVP) stellt folgende Anträge:

Der Einwohnerrat fällt heute den Grundsatzentscheid für die Bildung einer GPK.

Der Antrag wird mit 1 : 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Einwohnerrat setzt eine Spezialkommission ein, die Detailfragen bezüglich Aufgabenstellung und Kompetenz klären muss und darüber Bericht und Antrag vorzulegen hat.

Der Antrag wird mit 1 : 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Anschliessend wird über das Eintreten abgestimmt:

Das Eintreten wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.



Detailberatung.

ER Felix Tenger (FDP)

Seite 8: I. Teilrevision der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000), Art. 27

Ich habe es bereits erwähnt bezüglich der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission. Ich finde es richtig und sinnvoll, dass alle Fraktionen vom Einwohnerrat auch in der Geschäftsprüfungskommission vertreten sind. Im Augenblick sind das 5 Fraktionen. Es wird so auch im Bericht erwähnt und in die Verfassung geschrieben. Es wäre aber auch mal möglich, dass es nur 4 Fraktionen sind oder mal 6 Fraktionen, das weiss man ja nicht. Von daher gesehen stelle ich den Antrag, das ein bisschen zu flexibilisieren. Ich stelle hier

Teilrevision der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.00)

Art. 27, Abs. 2, Punkt 2:

Anstatt: 5 Mitglieder der Geschäftsordnung → die Mitglieder der Geschäftsordnung

Und in

Art. 40 bezüglich der Zusammensetzung

Anstatt: Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 5 Mitgliedern des Einwohnerrates → Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 3 – 7 Mitgliedern des Einwohnerrates

Gemeinderat Dino Tamagni

Wir haben das uns auch überlegt, wie gross diese Geschäftsprüfungskommission sein soll, aber mit 5 Mitgliedern denken wir ist es eigentlich adäquat zur Grösse des Einwohnerrates. Wenn wir weniger Fraktionen in dieser Geschäftsprüfungskommission haben, dann gibt es verschiedene Kräfteverhältnisse. Ich würde es so belassen mit 5 Mitgliedern, damit das Kräfteverhältnis stimmt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich habe mir über die gleiche Sache einige Gedanken gemacht. In der jetzigen Situation sind 5 Mitglieder sicherlich richtig. Wenn man die Absicht hat, dass jede Partei, die im Einwohnerrat vertreten ist auch in der Geschäftsprüfungskommission vertreten ist, dann fände ich es vernünftiger, das auch so zu schreiben. Also: Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus so vielen Mitgliedern wie Parteien im Einwohnerrat Einsitze haben. Dann ist es ganz klar und man muss nicht immer diskutieren, ob jetzt 3 oder 7 Mitglieder in der Geschäftsprüfungskommission sind.

Gemeinderat Dino Tamagni

Wenn wir das mit den Parteien so reinschreiben, wie ist das denn mit den Parteilosen? Was machen Sie mit denen? Diese Version ist vom Amt für Justiz abgenommen, da kann ich dahinter stehen. Das andere müssten wir vermutlich noch prüfen. Ob das überhaupt so geht? Bedenken Sie bitte, wenn Sie die 5 haben, dann teilen Sie ja auf, wer in dieser Kommission soll und wenn es eine Einmannpartei ist, dann macht es vielleicht auch nicht viel Sinn, dass diese in der Geschäftsprüfungskommission ist. Im Kantonsrat haben wir auch nicht jede Partei drinnen. Dann müssen halt Fraktionen gebildet werden.



ER Arnold Isliker (SVP)

GR Dino Tamagni hat es angetönt. Wenn man eine kleine Partei ist, dann ist man sowieso schon überlastet mit Kommissionen etc. Will man dann noch in eine solche Kommission gehen?

ER Jakob Walter (parteilos)

Um die Situation zu vereinfachen und nachdem uns GR Dino Tamagni einige Probleme aufgezählt hat, ziehe ich meinen Antrag zurück.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Einwohnerrat Felix Tenger (FDP) stellt folgenden Antrag:

Teilrevision der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.00)

Art. 27, Abs. 2, Punkt 2:

Anstatt: 5 Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission → die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission.

Der Antrag wird mit 3 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich ziehe meinen zweiten Antrag zurück!

Antrag:

Der Teilrevision der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall (NRB 101.000) betreffend Einführung einer Geschäftsprüfungskommission wird zugestimmt.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 11 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.00) der obligatorischen Volksabstimmung.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Verlegung Bushaltestelle Fernblick

Bemerkungen/Ergänzungen:

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Mit Überraschung haben wir aus der Zeitung erfahren, dass der Gemeinderat die Bushaltestelle Fernblick neu positionieren will. Dieses Vorhaben wurde ja bekanntlich bereits vor 3 Jahren diskutiert, jedoch aus räumlichen Überlegungen wieder fallengelassen, da sich Durchgangsverkehr, ÖV und Fussgänger auf zu engem Raum gegenseitig zu stark in die Quere kommen. Die Fraktion der CVP möchte hier klar betonen, dass wir ÖV und Privatverkehr als gleichberechtigte Partner anschauen und dass wir weder das eine noch das andere gegeneinander ausspielen wollen. Nun will der Gemeinderat die Bushaltestelle Fernblick auf die Unterführung Rosenbergstrasse verlegen um damit die Verkehrssicherheit, die Zugänglichkeit und die Erschliessung zu verbessern. Wie kann man von verbesserter Verkehrssicherheit sprechen, wenn die Bushaltestelle dorthin verlegt wird, wo am meisten Verkehr durchfährt und dieser beim Halten des Busses blockiert wird. Wir haben in den letzten Tagen verschiedentlich den Verkehr in den Spitzenzeiten gemessen und haben sowohl über Mittag wie am Abend jeweils bis zu 180 Fahrzeuge pro 10 Minuten gezählt. Und was soll da sicherer sein als am alten Standort? Wir befürchten eher, dass noch mehr Kinder die Bushaltestellen als Abkürzung auf die andere Trottoirseite benützen werden, wenn heute schon regelmässig Passanten die Strasse überqueren, anstatt die Unterführung zu benützen. Was wir auch nicht verstehen ist, wieso das Sanierungskonzept am alten Standort den Anforderungen nicht mehr genügen soll, nachdem sich die gemeinderätliche Kommission mit 9 : 3 Stimmen für die Lösung mit dem Spickel entschieden hatte. Zitat aus dem Protokoll vom 25. Mai 2009: „Bei der Kinderkrippe wäre der richtige Standort für eine Haltestelle, auf der Gegenseite, vor dem Schülerhort ist die Lage zwischen Strasse und Geländer zu exponiert“ (Aussage von Bausekretär Paul Kurer). Und heute 3 Jahre später, wird dieser Standort für gut befunden. Versteht das noch einer? Auch das Argument, dass ein Fussgängerstreifen auf der Engestrasse als gefährlich gilt, ist nicht nachvollziehbar, da es sich hier um eine 30-er Zone handelt. Theoretisch wären Fussgängerstreifen in einer 30-er Zone unzulässig (Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung über die Tempo 30 Zone und Begegnungszonen, Verordnung der UVEK). Somit erübrigt sich auch die Diskussion für eine Mittelinsel an demselben Ort. Mit einem umlaufenden Trottoir beim alten Standort (Spickel) würde sogar die Ausfahrt Engestrasse in die Rosenbergstrasse für alle Verkehrsteilnehmer übersichtlicher. Wir sehen auch keine Notwendigkeit aufgrund eines Bushalteshäuschens eine ganze Haltestelle zu verschieben, da schliesslich nur etwa die Hälfte der Haltestellen auf Neuhauser Boden mit einem Häuschen, Unterstand oder Dachvorsprüngen von privaten Liegenschaften, ausgestattet sind. Die CVP erachtet die Verlegung der Bushaltestelle Fernblick als ein Schnellschuss und hofft, dass der Einwohnerrat unsere Argumente teilt und ebenfalls für eine Überarbeitung des Projektes einsteht, so dass er nach der Überarbeitung durch den Gemeinderat anschliessend darüber befinden kann (konkret: Bericht und Antrag an den Einwohnerrat). Besten Dank

Beantwortung:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich gebe sehr gerne Auskunft auf diese Interpellation. Es wurde jetzt noch einiges neu ausgeführt, womit wir uns vielleicht nochmals vergegenwärtigen, wie die Situation aussieht. Hier ist die Unterführung. Wir sehen hier den Abgang und hier den zweiten Abgang. Hier etwas verdeckt ist die Treppe. Heute hält der Bus in Fahrtrichtung Schaffhausen ungefähr hier und Richtung Bahnhof

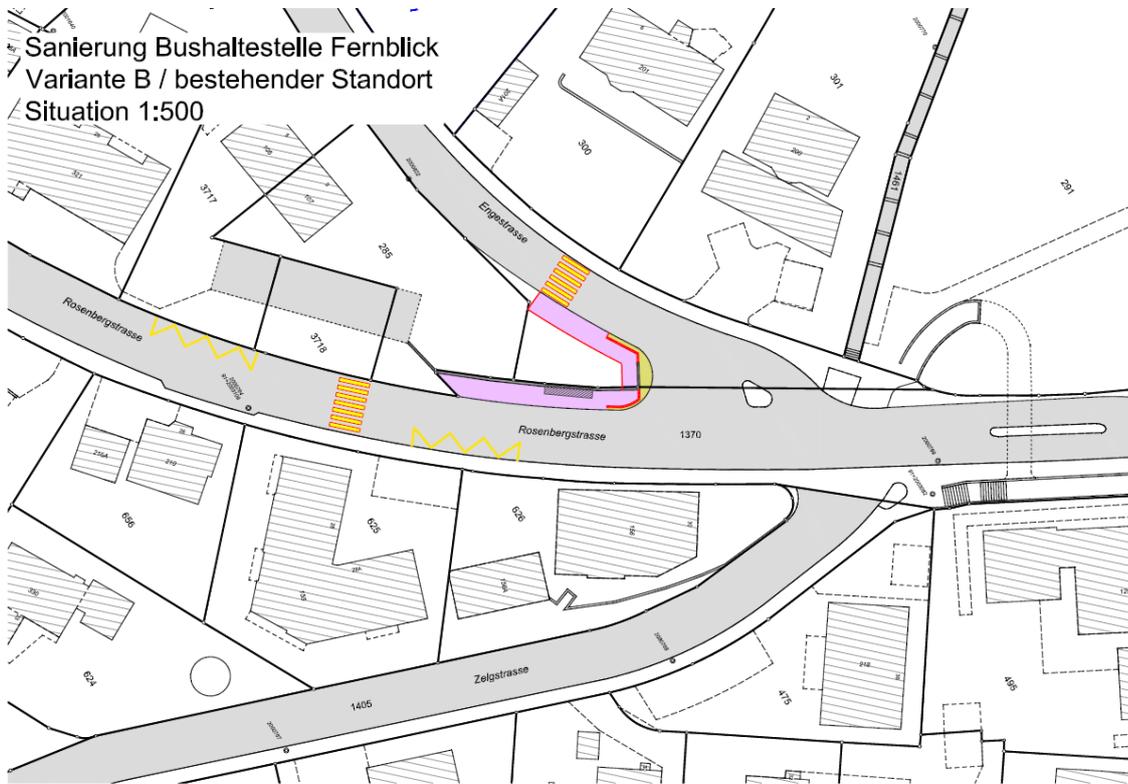


Neuhausen am Rheinfall ungefähr hier. Auf diesem Satellitenphoto (Google) sieht man keine Bushäuschen, eine Situation, die eigentlich nicht so toll ist. In 2009 wurde tatsächlich in der gemeinderätlichen Kommission über Verkehrsprojekte davon gesprochen, dass man die Sanierung der Haltestelle an diesem Ort hier machen könnte. Dabei ging man aber entgegen den Ausführungen von ER Rita Flück Hänzi (CVP) nicht wegen mangelnden räumlichen Überlegungen davon aus, das sei die bessere Lösung sondern aus finanziellen Überlegungen. Wenn Sie das im Protokoll nämlich auch nachlesen, dann heisst es ganz klar, diese Lösung koste ca. Fr. 150'000.00 und diese Lösung Fr. 300'000.00. Dann hat die Kommission damals gesagt, nein das lohnt sich eigentlich nicht für dieses Geld, man solle diese Lösung hier weiterverfolgen. Diese Lösung hat aber doch einige Schwächen an sich. Also der Status Quo, wir sind hier vor Garagen, die Leute warten vor privatem Grund. Das ist nett, dass uns das der Grundeigentümer zulässt aber auf Dauer muss er das nicht machen. Zweitens, ein Bushäuschen ist hier nicht möglich. An keiner Stelle, weder hier noch hier. Wenn wir hier eines machen, dann sind wir vor den Garagen und wenn wir hier eines machen, dann stehen wir bei Abstellplätzen dieses Hauses, machen wir etwas verschoben eines, dann wird das Restaurant Da Angelo gar keine Freude haben, denn dann wird der Parkplatz abgeschnitten. Das geht also nicht. Drittens, das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet uns, Lösungen auch im öffentlichen Verkehr anzubieten, dass Menschen, die behindert sind auch den ÖV benützen können. Das bedeutet konkret, wir müssen die Trottoirränder hinaufnehmen. Der Randstein muss hinauf. Das sehen Sie sehr deutlich vor dem Gemeindehaus. Das sind ungefähr 15 cm, die man hinaufgeht. Nun ein normales Fahrzeug, wie es die meisten von uns benutzen, bedeuten 15 cm eine nicht überwindbare Steigung. Es geht ganz einfach nicht. Also könnten wir in diesen Bereichen keine Erhöhung des Trottoirs machen. Das geht nicht! Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich lange Zeit diese Variante als sympathisch angeschaut habe, weil ich immer gedacht habe, die andere kostet so viel Geld, das können wir uns einfach nicht leisten. Die Beharrlichkeit meiner Mitarbeiter hat aber dazu geführt, dass man die Kosten dann einmal tatsächlich berechnet hat und die sind deutlich tiefer als wir angenommen haben. Die sind derart tief, dass sie in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Deshalb gibt es auch keinen Bericht und Antrag an den Einwohnerrat, denn die Subvention des Bundes, Agglomerationsprojekt 20, ist zugesagt. Mit der Abstimmung Agglomerationsprojekt erste Generation haben wir alle auch darüber abgestimmt, wie die Kantonsbeiträge fliessen. Das ist nun ein Projekt, bei dem die Gemeinde zuständig ist, der Kanton aber seinen Anteil leisten muss. Hier besteht ebenfalls eine feste Zusage. Das liegt ganz klar und eindeutig in der Kompetenz des Gemeinderates. Wie sieht es nun hier aus. Wir haben hier die Möglichkeit auf der Seite der Kinderkrippe die Mauer zurückzunehmen und dort eine Bushaltestelle zu machen, wo die Personen problemlos warten können mit einem Bushäuschen. Bereits bestehend ist die Mittelinsel. Da braucht es nichts Neues. Die steht schon. Um ein Überqueren an dieser Stelle zu verhindern, wäre es durchaus denkbar, dass wir hier noch Stangen oder Ketten machen. Das wäre kein Problem. Etwas Mühe habe ich mit dem Argument, das sei ein besonders gefährlicher Ort. Das Trottoir bleibt unverändert. Es ist genau das Trottoir, wie es heute ist. Wieso das gefährlich sein soll, wenn hier Personen auf den Bus warten, ist für mich nicht einsehbar. Im Gegenteil, wenn die Schüler von hier kommen, dann werden sie automatisch hier hinuntergehen und so auf den Bus gehen. Hier ist die Versuchung eigentlich viel grösser, dass man die Strasse wild quert. Ich gestehe, habe ich auch schon gemacht. Wenn die Schüler ankommen mit dem Bus, dann sind sie sehr schnell in der Einschlagstrasse und damit bei Hort, Kindergarten und unten wäre dann das Rosenbergschulhaus. Wie hier ernsthaft behauptet werden kann, diese Situation sei gefährlicher, ist für mich nur schwer nachzuvollziehen. Ich gehe mal zurück, auf diese Variante. Es hat sich in der Zwischenzeit doch ergeben, dass dieser Fussgängerstreifen nicht ganz unproblematisch ist. Die Autos kommen mit relativ hoher Geschwindigkeit und vor allem sie sehen sehr spät, ob hier jemand den Fussgängerstreifen überqueren will oder nicht. Eigentlich müssten wir den Fussgängerstreifen irgendwo hier oben platzieren. Nun, einmal mehr sage ich natürlich gerne, dass es falsch ist, wenn man behauptet in der 30-er Zone dürfen keine Fussgängerstreifen sein. Wenn man diese Verordnung im Artikel weiterliest, dann kann man nachlesen, dass dort wo Altersheime und Schulen sind, man selbstverständlich einen Fussgängerstreifen machen darf. Sonst hätte ja der Gemeinderat

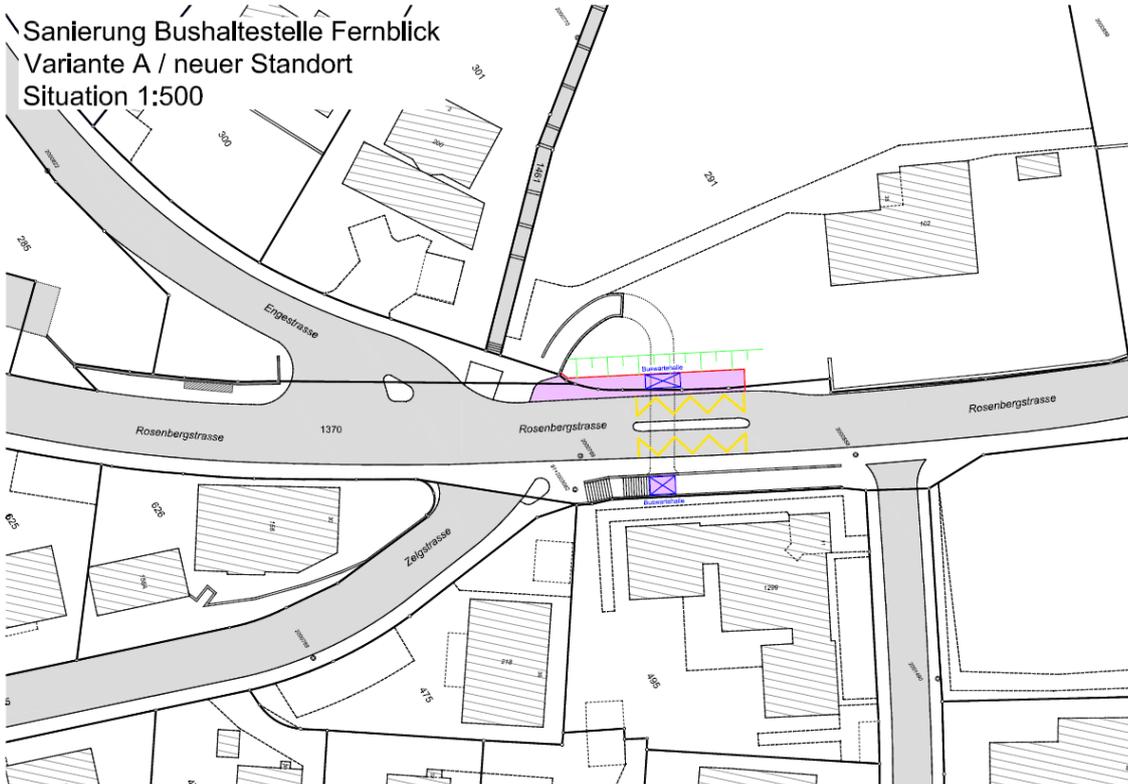


überall unerlaubt und illegalerweise Fussgängerstreifen markieren lassen. Das ist nicht der Fall. Wo eine besondere Schutzwürdigkeit besteht, namentlich bei Altersheimen und Schulen, sind Fussgängerstreifen erlaubt und nur dort haben wir in der Gemeinde in 30-er Zonen Fussgängerstreifen aufgemalt. Alles andere stimmt einfach nicht und ich lade Sie herzlich ein, schauen Sie sich doch das heute Abend im Internet an. Sie werden das problemlos finden. Nun, wenn wir den Fussgängerstreifen hier oben machen müssen, dann müssten wir von dieser Liegenschaft einen grossen Teil des Gartens wegnehmen. Das würde dann doch mit erheblichen Kosten verbunden sein. Damit wären wir mit den Kosten identisch, ob wir ihn hier oder hier machen. Die Fachleute sind einheitlich für diese Lösung. Die VBSH sagt ganz klar, dass sei ihr Wunsch. Meine Fachleute haben ebenfalls gesagt, das sei klar die bessere Lösung. Ich habe mich davon überzeugen lassen und auch der Gemeinderat ist dieser Meinung. Die Kosten sind kaum höher als bei der anderen Lösung, wir haben aber eine viel bessere Situation, denn das was sich die VBSH immer wünscht, gegenüberliegende Bushaltestellen. Ich denke, das ist eine gute Lösung, die wir hier haben. Ich kann Ihnen aber auch mitteilen, wenn tatsächlich der Einwohnerrat der Ansicht ist in seiner Mehrheit, dass diese Lösung doch viel besser sei, dann fügen wir uns selbstverständlich, dann werden wir das machen, ohne dass wir einen Bericht und Antrag an den Einwohnerrat einbringen werden, wir werden das einfach so machen. Ich glaube aber nicht, dass das die bessere Lösung ist, denn das ist wirklich die klar bessere Lösung. Überrascht bin ich eigentlich über die Aussage der CVP, dass hier jetzt offenbar der Durchgangsverkehr über die Engestrasse, Rosenbergstrasse derart am Herzen liegt, dass Sie sich sogar die Zeit nimmt, diesen zu zählen. Ich finde das sehr lobenswert, überrascht mich aber doch etwas. Bis jetzt war das Konzept des Gemeinderates und den Einwohnerrat haben ich auch immer so verstanden, dass wir hier eigentlich versuchen, dem Durchgangsverkehr nicht freie Bahn zu schaffen, sondern deshalb haben wir auch die 30-er Zone eingeführt, so dass hier die Durchfahrt eigentlich nicht attraktiv wird. Wir versuchen, die Familien, die namentlich in diesen Mehrfamilienhäusern leben, eine hohe Lebensqualität haben. Ich darf daran erinnern, die Einführung der 30-er Zone Engestrasse wurde aufgrund einer Unterschriftensammlung gemacht. Noch keine Eingabe in Neuhausen am Rheinfall hat so viele Unterschriften gebracht wie diese 30-er Zone. Auch heute bekomme ich immer noch Lob und vermutlich auch der Initiator ER Walter Herrmann (FDP), dass dieser 30-er Zone geschaffen wurde. Wenn man schaut, wie lange ein Bus hier stoppt, dann sind das 10 bis 15 Sekunden und ich denke diese kurze Zeit sollte uns die Lebensqualität dieser hier wohnenden Personen tatsächlich wert sein, dass wir nicht sagen, das darf nicht sein, diese Haltestelle muss weg. Die Qualität mit Bushäuschen, gegenüberliegender Bushaltestelle und einer klaren Führung des Verkehrs auch mit Mittelinsel rechtfertigt mir die Sache auch wirklich dieses Projekt im Rahmen des Agglomerationsprojektes 20 möglichst rasch auszuführen. Ich hoffe, dass ich in diesem Sinn die Interpellation beantwortet habe. Selbstverständlich fügt sich der Gemeinderat gerne einem anderen Wunsch des Einwohnerrates. Ich verwehre mich aber klar gegen den Vorwurf eines Schnellschusses, weil die Qualität der Pläne zeigt, dass es sich hier nicht um einen Schnellschuss handelt, sondern dass da sorgfältig vorgegangen wurde und in diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit. Besten Dank.

Sanierung Bushaltestelle Fernblick
 Variante B / bestehender Standort
 Situation 1:500



Sanierung Bushaltestelle Fernblick
 Variante A / neuer Standort
 Situation 1:500





ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ist die Interpellantin mit der Beantwortung befriedigt.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Ich hätte da noch ein paar Ausführungen und zwar, könnte man da nochmals auf das Bild von vorher zurückgehen? Was ich nicht ganz verstehe, was die Lebensqualität von diesem Quartier mit dem Verschieben von der Bushaltestelle zu tun hat. Was wir von der CVP natürlich sehr begrüßen, dass an der Engestrasse diese 30-er Zone eingeführt wurde. Ich denke, das hat eine riesige Entlastung gegeben. Ich denke aber, es geht primär um die Sicherheit und zwar um die Sicherheit beim Knotenpunkt bei der neuen Bushaltestelle auf der Unterführung Rosenbergstrasse. Dort kumuliert sich alles. Viele Kinder, der Verkehr, der Bus, der bis 15 Sekunden hält. Da frage ich mich schon, wie sich das der Gemeinderat in Zukunft vorstellt. Der Verkehr kommt aus der Zelgstrasse, auch eine 30-er Zone. Viele gehen über die Rosenbergstrasse in die Engestrasse. Das gibt ein riesiger Stau dort vor allem, dann wenn die Kinder die Schule aus haben. Es geht hier wirklich nicht um irgendetwas sondern es geht um die Sicherheit der Schüler. Es ist dort schon einmal ein Unfall mit Todesfolgen dort passiert. Deshalb steht dort auch diese Insel. Warum hat der Gemeinderat das Grundstück bereits gekauft, wenn man es nun nicht benötigt. Der Spickel wurde bereits gekauft und ist im Besitze der Gemeinde und ich denke die Sicherheit ist in dieser Variante viel mehr gewährleistet auch die Übersicht aus der Engestrasse. Das ist so gefährlich dort rauszufahren. Das ist mit dieser Lösung weg. Da hat man eine viel bessere Übersicht. Auf 50 % des Gemeindegebietes gibt es ein Bushäuschen. Die Hälfte hat eines, die andere Hälfte hat keines. Ich finde, ist das der Grund alleine für die Verschiebung der Bushaltestelle? Ich weiss nicht! Das ist für mich auch noch eine offene Frage. Ist es so geplant, dass der Bus in die Nische reinfährt oder bleibt er auf der Strasse stehen? Ist das rot eingetragene das Trottoir?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich gehe davon aus, dass Diskussion beschlossen ist?

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ich habe noch keine Antwort erhalten, ob die Interpellantin von der Antwort befriedigt ist.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Nein, ich bin noch nicht befriedigt!

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Hier ist ganz klar, der Bus bleibt auf der Strasse, so wie er bereits heute ist. Das ist so. Zweitens, es gibt Schülerinnen und Schüler, die tatsächlich mit dem Bus kommen, aber nicht so viele, das muss ich jetzt auch sagen. Die heutige Lösung ist aber gefährlich. Viele Leute überqueren die Strasse planlos, vor allem solche, die über den Schöneeggstieg hinauf müssen. Das mache ich z.B. nicht! Das ist mir zu gefährlich. Wer in das Galgenbuckquartier gehen muss, der wird vermutlich nicht über den Fussgängerstreifen marschieren sondern die Strasse einfach überqueren. Das ist wirklich eine schlechte Lösung. Ich verstehe ja die CVP, man hat einen klaren Zeitungsartikel geschrieben und es ist jetzt etwas schwierig sich von dieser Situation wieder zu lösen, aber ich kann Ihnen versichern, die Fachleute haben das angeschaut und Sie empfehlen die Variante A. Ich empfehle Ihnen jetzt



auch, dass Sie diese Lösung akzeptieren. Wenn Sie tatsächlich die Variante B haben wollen, dann machen wir diese. Wir machen immer das, was der Einwohnerrat sagt, aber das wäre nichts Gescheites und deshalb denke ich, die Gemeinde ist gut mit der Variante A beraten. Sie ist kostengünstig. Viel billiger als wir gedacht haben und zukunftsträchtig.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Bist Du jetzt zufrieden?

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Gibt es die Möglichkeit, dass sich die anderen Parteien auch noch melden? Ich bin noch nicht ganz zufrieden. Ich muss ehrlich sagen, dass das andere teurer wird. Das wird doch um einiges billiger! Das Land gehört ja bereits der Gemeinde. Das einzige was noch gemacht werden muss ist der Fussgängerstreifen.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Also, Du bist nicht zufrieden und ich frage an dieser Stelle, ob Diskussion erwünscht ist?

Diskussion:

ER Arnold Isliker (SVP)

Obwohl ich kein Fachmann bin, möchte ich her festhalten, als wir das in der Kommission besprochen haben, war mein Vorschlag schon damals, die Variante, die jetzt vorliegt. Das ist eindeutig die bessere Lösung. Ist hier nicht eine Bauausschreibung vorhanden?

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Doch und diese ist rechtskräftig!

ER Arnold Isliker (SVP)

Ok, dann erübrigt sich diese Interpellation weil gar keine Einsprache eingegangen ist. In diesem Falle müssen wir gar nicht mehr diskutieren. Dann muss ich auch noch festhalten. Von einem massiven Eingriff in den Verkehrsfluss kann ich überhaupt keine Rede sein. Ich bin tagtäglich auch auf dieser Strecke und kann es gut verkraften, wenn ich mal 10 bis 15 Sekunden halten muss, denn etwas weiter vorne ist die gleiche Situation. Von der Zelgstrasse kommt ab und zu mal ein Auto aber nicht ein riesiger Stau, wie erwähnt wurde. Wenn da mal ein Bus kurz hält, dann haben die Autos von der Engestrasse auch die Chance, wieder mal in die Rosenbergstrasse einzubiegen. Es ist die gleiche Situation, wie bei der Rosenberg, denn wenn dort mal alles auf Grün ist, dann hat man fast keine Chance dort in die Schaffhauserstrasse einzubiegen, bevor mal wieder ein Fussgänger drückt. Das andere ist, wie GP Stephan Rawyler bereits vorgestellt hat, ist diese Lösung die kostengünstigere. Wenn Du schon erwähnt hast, dass dort mal ein tödlicher Unfall passiert ist. Aufgrund dessen hat man dann auch diese Unterführung gebaut und leider muss man immer wieder feststellen dass viele einfach über die Strasse rennen und die Unterführung gar nicht benutzen.



Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Kurz zur Klarstellung. Es gab hier nie einen tödlichen Unfall. Die Dame, die man erwähnt, lebt und hat vor drei Jahren geheiratet. Diese Dame lebt. Den letzten tödlichen Unfall, der bei einem Fussgängerstreifen passiert war, war noch zu meinen Schulzeiten. Das war bei der Einschlagstrasse, tragischerweise beim Chilbitag. Dort gab es einen tödlichen Unfall. Hier gab es einen schweren Unfall mit einem Mädchen. Diese Mädchen ist aber in der Zwischenzeit eine mittelalterliche Frau. Ich bin noch eine Antwort offen geblieben. Die Frage wegen des Landes. Wir haben dieses Land wirklich einstweilen gekauft und wenn man diese Kreuzung ansieht, dann ist sie noch nicht optimal. Eigentlich müsste diese Kreuzung eher Richtung 90 gehen. Man kann hier schleifend hineinfahren. Das ist eigentlich nicht gut. Der Kauf des Landes wird uns später einmal gestatten, hier die Kreuzung steiler zu machen. Die Einfahrt ist tatsächlich nicht einfach aber es ist zu machen. Ich denke für Lastwagenfahrer ist es nicht immer ganz einfach. Die müssen wirklich zum Teil aufstehen um den Überblick zu haben, aber es funktioniert. Diese 180 Fahrzeuge in 10 Minuten! Rechnen Sie das einmal hoch auf 24 Stunden, denn da kommen wir auf Zahlen, die nahe bei der Schaffhauserstrasse liegen. Das sind sicherlich nicht 1'000 Fahrzeuge in der Stunde. Da mache ich ein grosses Fragezeichen und zweitens, wenn es so ist, dann müssen wir dafür sorgen, dass nicht noch mehr Durchgangsverkehr dort hindurchfährt. Das ist eben die Lebensqualität, wenn Sie den Durchgangsverkehr kanalisieren.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich bin auch reger Benutzer dieser Strecke und erstens möchte ich nochmals diesen Punkt aufnehmen wegen der Behindertentauglichkeit. Wir haben ja tolle Busse, die sich senken und das hat mich jetzt getroffen, dass das an der alten Version überhaupt nicht machbar ist, dass dieser Absenkmeechanismus so benutzt werden kann, dass er für Nichtbehinderte, sondern auch für ältere Menschen oder solche, die nicht mehr so gut zu Fuss sind, dass das an diesen beiden Haltestellen nicht möglich ist. Das ist schade. Das zweite ist, die heutige Situation mit den Bushaltestellen heute ist teilweise sehr gefährlich, wenn der Bus hält und die Autos beginnen den Bus zu überholen. Ich habe da schon sehr gefährliche Situation gesehen und auch erlebt. Das ist heute brandgefährlich und ich würde niemals an dieser heutigen Situation festhalten. Die neue Situation, die ich auch als besser erachte, ist eine Lösung, wie wir es ja schon kennen vorne bei der Liebefels und das ist sauber geregelt und man ist gezwungen anzuhalten. Keine Überholmanöver, ausser die, die noch über die andere Strassenseite – habe ich übrigens auch schon beobachtet – überholen. Ich bin wirklich auch der Meinung, dass das Projekt, das der Gemeinderat nun verfolgt, wesentlich sicherer ist als das bestehende. Noch ganz kurz zum Verkehrsstau. Ich erachte es eigentlich als wirklich nicht so dramatisch und es ist tatsächlich so, dass wir den Schleichverkehr über die Schaffhauserstrasse – Einschlagstrasse – Engestrasse nicht fördern wollen und dass es eigentlich noch begrüssenswert ist, wenn sich der eine oder andere noch überlegt, ob er diesen Schleichweg tatsächlich noch benutzen soll oder nicht. Ich sehe da noch einen positiven Aspekt.

ER Felix Tenger (FDP)

Ich habe noch zwei Aspekte, die ich kurz einbringen möchte. Es wurde gesagt, dass es für die Schüler nicht mehr so sicher sei als mit der jetzigen Situation. Da möchte ich schon widersprechen. Ich habe auch noch mit dem Elternrat Rosenberg, dem Präsidenten, Rücksprache genommen und wir waren beider der Meinung, dass die jetzige Lösung sauberer und sicherer ist für die Kinder. Sie müssen die Zelgstrasse nicht mehr überqueren. Sie müssen nicht mehr über die andere Seite der Rosenbergstrasse, wenn Sie Richtung Neuhausen Zentrum fahren. Von daher gesehen ist es sicherlich eine Erhöhung der Verkehrssicherheit für die Kinder. Sie werden wahrscheinlich auch die



heutige Unterführung benutzen, denn die Bushaltestelle auf der anderen Seite lädt eigentlich dazu ein. Dort also auch eine entsprechende Verbesserung. Was aber keine Geis wegschleckt, ist dass der Individualverkehr schlechter gestellt wird, weil er dann wirklich hinter diesen Bussen anhalten muss und der grösste Teil des PW Verkehrs läuft natürlich über die Engestrasse. Es gibt vereinzelte, die Richtung Kreuzstrasse fahren. Ich muss sagen, wenn sogar ER Arnold Isliker (SVP) findet, das sei nicht so schlimm, dann kann ich wahrscheinlich auch damit leben.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Interpellation Arnold Isliker (SVP): Fahrverbot mit Zubringerdienst im Dorfzentrum 30-Zone

Begründung:

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich möchte noch ein paar Ergänzungen anfügen:

Dadurch wird keine Betrieb rund um die Zentralstrasse durch Umsatzeinbussen betroffen, da die Zufahrten jederzeit gewährleistet sind. Wenn auch in Leserbriefen dieser Zustand bemängelt wird, muss ich feststellen, dass vor 40 Jahren ein Aufschrei durch die Bevölkerung ging, die Altstadt Schaffhausen vom Autoverkehr zu befreien. Der nächste Schlag war dann die Sperrung der Bahnhofstrasse sowie Zubringer sowie Nachfahrverbot Kirchhofplatz. Trotzdem rollt der Verkehr in Schaffhauser weiterhin. Auch in Neuhausen hatten wir eine solche Situation bei der katholischen Kirche, als plötzlich ein Linksabbiegeverbot in die Poststrasse verhängt wurde. (Das geht doch nicht, wie komme ich jetzt in die Marktgasse etc., war während Wochen das Dauerthema in Neuhausen). Jüngstes Beispiel ist in Zürich, wo die Sperrung des Limmatquais vor ca. 1 ½ Jahren erfolgte. Ein grosses Theater. In Zürich rollt der Verkehr und der Limmatquai wurde dadurch aufgewertet. Nächster Schritt wäre in Neuhausen denkbar, dass wir eine Flanierzone machen würden.

Zweitens muss man sich fragen, ob nicht auch noch ein Überholverbot angebracht werden müsste? Gibt es doch immer wieder „Spezialisten“, welche stehende Busse überholen. Dass damit die Unfallgefährdung erhöht wird, beweist der Unfall mit einem Kleinkind, welcher kürzlich geschah. Mit all diesen Massnahmen könnten die Ziele mit der Verkehrsberuhigung, welche wir mit teurem Geld verwirklicht haben, erreicht werden. Es ist halt leider im ganzen Leben so, dass wegen ein paar uneinsichtigen Mitbürgern die ganze Bevölkerung die Mitverantwortung zu tragen hat

Wer sich von der ganzen Situation ein Bild machen möchte, ist eingeladen an einem schönen Sommerabend, in einem der Gartenrestaurants dem Tun und Treiben zuzuschauen. Das habe ich heute gemacht und habe festgestellt, dass die höchste Geschwindigkeit, dank dem „Smiley“, 55 km/h gewesen ist. Zweitens das vor der Post die Autos auf dem Fussgängerstreifen parkieren. Die Fussgänger mussten ausweichen. Macht doch zwei Mittelposten bei der Überquerung des Fussgängerstreifens an, dann könnte man dort das Auto nicht mehr abstellen und dann ist es interessant, was alles zu sehen ist, wer beim Gemeindehaus rein- und rausgeht!!!

Weiter sollte in Betracht gezogen werden, den Dorfkern mit einem Car- und LKW-Fahrverbot zu belegen und dementsprechend an der Eingangspforte Scheidegg zu signalisieren. Ich habe vor ca. 1 Jahr bemängelt, dass die Tafel für die Zubringer zu den Industrien an der Katzensteig dementsprechend geändert werden sollte, dass der Zubringer zur Victor-von Bruns-Strasse nicht mehr über die Zentral- und Bahnhofstrasse (bis die Umfahrung Süd realisiert ist) führt. Das ist immer noch nicht geschehen. Der Kanton hat seine Pflicht noch nicht getan.

Durch stärkere Polizeipräsenz und Kontrollen sollten wir die Probleme in den Griff bekommen, ist doch im neusten Sparkonzept des Kantons ein Posten zur Erhöhung der Bussgelder (was ich persönlich absurd finde) vorgesehen. Vermehrte punktierte Kontrollen an der Zentralstrasse über Lärm und Geschwindigkeit könnten diese Einnahmequelle markant verbessern.

Beantwortung:

Gemeinderätin Franziska Brenn

Die Sommerabende sind gekommen und damit auch die Lärmemissionen im Ortszentrum.

Je mehr die Einwohnerinnen und Einwohner die Strassencafés geniessen, umso lieber wird der fahrbare Untersatz präsentiert mit allem drum herum. Kommt dann noch ein eindrucksvoller Ton



dazu, ist die Wirkung perfekt. Dieses Form von zur Schau stellen, in früheren Zeiten eher im Süden der Fall ist nun leider und zum Ärger der Ruhe suchenden auch bei uns zur Norm geworden. Die Verwaltungspolizei und der Gemeinderat bedauert dies und versucht so weit wie möglich, Gegensteuer zu geben. Die Verwaltungspolizei wird nun während den Sommermonaten an schönen Abenden vermehrt präsent sein und falsch geparkte Fahrzeuge büssen. Schwieriger wird die gemeindeeigene Handlungskompetenz im rollenden Verkehr.

Hierbei habe ich mich beim Chef Neuhauser Posten der Schaffhauser Polizei erkundigt. Er hat mir gemeldet, dass bislang keine Reklamationen betreffend Lärmemission des rollenden Verkehrs von Bewohnerinnen oder Bewohnern eingegangen seien. Es wäre möglich, dass diese direkt nach Schaffhausen gelangt seien, diese jedoch Meldungen zu ihnen zurück melden würden. Ich gebe Ihnen hiermit den Ball zurück und fordere Sie auf, Lärmemissionen sofort der Polizei zu melden; nur dann kann diese aktiv werden. Bei Mutmassungen und Gefühlen kann der Gesetzeshüter nicht eingreifen.

Wir haben ein schönes Ortszentrum. Wer wünschte sich nicht, in voller Ruhe auf einem Bänkli oder in einem Gartenrestaurant zu sitzen? Mit einem Apéro vor sich und sich von keinem Verkehr ablenken lassen. Gleichzeitig wissen wir auch von den Hindernissen und den ausgelagerten Problemen, welche eine solche Massnahme auslösen würde.

Nun zu den Fragen:

Frage 1:

Ist der Gemeinderat bereit, in der 30-Zone ein Fahrverbot mit Zubringerdienst ab 19.00 – 05.00 Uhr zu erlassen?

Antwort:

Aus der Sicht der Verwaltungspolizei und des Gemeinderates ist ein Fahrverbot aus folgenden Gründen nicht zweckmässig:

Definition "Zubringerdienst gestattet"

Art. 17, Abs. 3 der Signalisationsverordnung (SSV):

Bei Fahrverboten erlaubt der Vermerk "Zubringerdienst gestattet" Fahrten zum Abliefern oder Abholen von Waren bei Anwohnern oder auf anliegenden Grundstücken. Fahrten von Anwohnern und von Personen, die Anwohner zu treffen oder auf anliegenden Grundstücken Arbeiten zu verrichten haben sowie die Beförderung solcher Personen durch Dritte.

Ein effizientes Kontrollieren, ob das Fahrzeug diese Verordnung einhält oder nicht, ist kaum möglich. Zwei Mitarbeiter müssen an den Eingängen stationiert sein, die eine "Transitfahrt" feststellen könnten. Die Kommunikation geht dann über Funk. Sollte das Fahrzeug irgendwo zwischen den Kontrollstellen anhalten und parkiert werden, so ist die Kontrolle des Fahrzweckes nicht mehr eruierbar. Das Fahrzeug ist geparkt und so ist schwierig nach zu weisen, ob es unter die "Zubringerdienst gestattet"-Kategorie fällt. Aus Sicherheitsgründen müssten jeweils pro Kontrollstelle zwei Mitarbeiter im Dienst sein, die auch entsprechend ausgerüstet wären, sprich es wäre eine Aufgabe der Schaffhauser Polizei.

Ein Fahrverbot hätte auch entsprechende Auswirkungen auf die Gastronomiebetriebe, denn die Zentralstrasse wäre nicht mehr so lebendig und attraktiv, wie wir uns dies wünschten. Fahrzeuge müssten ausserhalb der Zentralstrasse parkiert werden, der Kirchackerparkplatz könnte nur noch von der Rheingoldstrasse her befahren werden, was wiederum spielende Kinder gefährden würde. Zudem ist zu beachten, dass Fahrzeuge, die vor 19.00 Uhr in die Fahrverbotszone eingefahren sind, danach uneingeschränkt diese auch zu jeder Zeit wieder verlassen können. der Bus Nr. 1 wäre weiterhin würden sicherlich weiterhin die Strecke befahren. Also wäre der Verkehr auf der Zentralstrasse weiterhin präsent.



Hier noch eine Bemerkung um Limmatquai in Zürich. Dort ist es für die Fussgänger sehr gefährlich und zwar wegen der Trams. Dort wurde letztes Jahr eine Frau mit einem Velo überfahren. Ich finde es extrem gefährlich.

Ein weiterer Nachteil wäre, dass ein Fahrverbot auf der Zentralstrasse mehr Verkehr auf den Umfahrrouten generieren würde. Das Verkehrsaufkommen auf der Rheinstrasse, der Rheingoldstrasse sowie der Poststrasse wäre weit höher als jetzt. Die genannten Strassen sind in Wohnzonen, seitens der Anwohner hätten wir mit Beschwerden zu rechnen.

Der Besuch von kulturellen Anlässen im Central und Cinévox wäre ebenfalls eingeschränkt möglich, die Besucher wären verunsichert, nicht Ortskundige würden genervt Parkplätze suchen. Ein geplanter schöner Abend mit dem Besuch einer kulturellen Veranstaltung würde mit Ärger beginnen. Entsprechend müsste auch die ganze Signalisation ergänzt werden. Jede einzelne Strasse, die in die Zentralstrasse führt müsste entsprechend signalisiert werden. Die Eingangsstelen müssten ersetzt werden. Die Rheinstrasse müsste mit einer Sackgasse belegt werden, da die Zentralstrasse nicht mehr befahrbar wäre (bei konsequentem Handeln). Die Marktgasse müsste auch gesperrt werden, da ein Rückwärtsfahren aus der Einbahnstrasse zu gefährlich wäre. Die Kosten wären hoch (Beschaffung der Verbote und Stelen, entsprechende Ständer und Fundamente sowie die Montagekosten).

Unter dem Strich hat man ein schönes Zentrum geschaffen. mit einer Einschränkung des Verkehrs würden wir mehr Schaden anrichten und die Bevölkerung hätte wohl weniger Verständnis für diese Massnahme.

Frage 2:

Wird der „Smiley“, welcher irgendwo im Untergrund schlummert, vermehrt zur Prävention eingesetzt?

Antwort:

Die Einsätze der Anlage in den Wintermonaten machen aus Erfahrung wenig Sinn. Die Anlage wird jeweils im Frühling aktiviert und zwar an verschiedenen Strassen der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, welche weitaus gefährlicher sind als die Zentralstrasse.

Dieses Jahr war die Anlage bereits jeweils für zwei Wochen an der

- Schützenstrasse
- Rheingoldstrasse
- Klettgauerstrasse

und wurde jetzt Ende Mai 2012 wurde die Anlage als nächstes an der Zentralstrasse montiert.

Frage 3:

Werden als Bodenmarkierung 30er Reminder markiert als Erinnerung beim Wegfahren von den Parkplätzen?

Antwort:

Gemäss Planungsreferat war es bisher aus gestalterischen Gründen nicht vorgesehen die Fahrbahn mit 30er Reminder auszustatten. Auch aufgrund der Länge der Zentralstrasse erachtete man dies als nicht notwendig. Es wird aber in absehbarer Zeit geprüft ob 3 bis 4 30-er-Reminder angebracht werden, die die entsprechende Wirkung haben sollten. Das Planungsreferat prüft das Anliegen.

Frage 4:

Wenn ja, in welchem Zeitraum werden diese Forderungen realisiert (bevor der Sommer vorbei ist)?

Antwort:

Die Geschwindigkeitsanzeige wird bis Ende Mai 2012 für maximal zwei Wochen installiert. Sobald der Auftrag für die Markierung der 30-er Reminder bei uns eintreffen würde, sind die Arbeiten innert Monatsfrist erledigt.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ist der Interpellant mit der Beantwortung befriedigt?

ER Arnold Isliker (SVP)

Nicht ganz. Betreffend Lärm ist vor 1 ½ Wochen am Freitagabend folgendes vorgefallen vor der Einwohnerkontrolle. Wiedermal ein unvernünftiger, mit BMW, solchen Auspuffrohren, hat 10mal Gas gegeben, ist dann losgefahren und 3 bis 4 mal durchs Dorf gekurvt ohne Auspuffanlage, die zulässig ist und hat dann ein Gentlemenstart mit durchdrehenden Reifen vor dem Restaurant Zack produziert. Vorauf ich dann ein Verwaltungspolizist, der auch anwesend war, angesprochen habe und gesagt habe, er solle da mal für Ruhe und Ordnung sorgen. Die Antwort war dann: Ha, das haben wir früher auch gemacht! Betreffend Zubringer zum Restaurant. Wenn ich es begründen kann, dass ich zum Restaurant muss, dann kann ich nach wie vor über die Zentralstrasse fahren und kann das Auto dort parkieren. Mir geht es darum, dass die „Schnuderi“ mit ihren getunten Autos 5 bis 6 mal über die Zentralstrasse fahren und die Bevölkerung „verruckt“ machen. Sonst solltest Du wirklich mal ins Zack sitzen oder beim Serenata. Da stehen Dir die Haare zu Berge, was da abgeht. Das sind meine Anmerkungen, die ich noch anbringen wollte. In anderen Gemeinden steht der Smiley das ganze Jahr und ich finde es eine gute Sache, denn er erinnert einem immer wieder daran, die Geschwindigkeit zu kontrollieren!

Gemeinderätin Franziska Brenn

Wegen der Bemerkung des Verwaltungspolizisten. Dieser Angelegenheit werden ich sicherlich nachgehen und dann habe ich doch noch eine Frage, weshalb gibt es denn bei der Schaffhauser Polizei keine Meldung. Es ist halt schon, dass man dies wirklich meldet. Dann würde ich halt mal die Nummer aufschreiben. Man kann nicht nur auf die Polizei hoffen. Man muss halt etwas tun dafür.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Wir treffen uns zur nächsten Sitzung am 5. Juli 2012. Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Renzo Loiudice
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin